

ENTNAZIFIZIERUNG
UND
WIEDERAUFBAU
IN LINZ

Linz 1996

Archiv der Stadt Linz

INHALT

	Seite
Impressum	4
Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen	7
Anschriften der Mitarbeiter	8
Vorwort des Bürgermeisters und des Kulturstadtrates	9
Vorwort der Herausgeber	11
Brigitte Kepplinger und Josef Weidenholzer (Linz): Die Rekonstruktion der Sozialdemokratie in Linz 1945–1950	13
Roman Sandgruber (Linz): Die Anfänge der Linzer ÖVP	69
Walter Schuster (Linz): Die Entnazifizierung des Magistrates Linz	87
Hanns Kreczi (Linz): Mein Tagebuch 1945 – Das Kriegsende in Linz	207
Kurt Tweraser (Fayetteville): Hans Behrmanns Glück und Ende. Anmerkungen zur amerikanischen Pressepolitik am Beispiel der „Oberösterreichischen Nachrichten“ 1945–1948	277
Michael John (Linz): Das „Haarabschneiderkommando“ von Linz. Männlicher Chauvinismus oder nationalsozialistische Wiederbetätigung? Ein Fallbeispiel aus den Jahren 1945–1948	335
Erika Thurner (Linz): Ein Kapitel Stadtgeschichte: „Zigeuner“ in Linz	361
Georg Wacha (Linz): Denkmale aus der NS-Zeit	373
Gerhart Marckhgott (Linz): Das Projekt „Führerbibliothek“ in Linz	411

Helmut Fiederer (Linz): Die sozialen Krankenversicherer in Linz und Oberösterreich nach 1945	435
Max Lotteraner (Linz): Zur Wiedererrichtung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich 1945/1946	459
Buchbesprechungen	521

KURT TWERASER

HANS BEHRMANN'S GLÜCK UND ENDE

Anmerkungen zur amerikanischen Pressepolitik am Beispiel
der „Oberösterreichischen Nachrichten“ 1945–1948

Die amerikanischen militärischen und zivilen Planungsstäbe, die sich mit der Wiederherstellung einer demokratischen Kultur im besetzten Deutschland und Österreich befaßten, waren sich einig, daß dies unter anderem nur mit einer grundlegenden Erneuerung des gesamten Pressewesens möglich sein würde. Das von den Planern entworfene Drei-Phasen-Konzept für die zu befolgende Kommunikationspolitik sah daher zunächst ein totales Verbot für Publikationen innerhalb des besetzten Gebietes vor. In einer zweiten Phase würden Heeresgruppen-Blätter der amerikanischen Armee selbst die Bevölkerung mit Nachrichten versorgen. Erst in einer dritten Phase würden im Zuge einer begrenzten Pressefreiheit Lizenzen an politisch Vertrauenswürdige gewährt werden. Ziel der US-Medienoffiziere war es daher, „möglichst alle Informationsapparate und den gesamten Bereich der Presse nach Funktionsvorstellungen und Arbeitsmodalitäten des Zeitungs- und Zeitschriftenwesens in den westlichen, pluralistischen Demokratien, vor allem in den USA, auszurichten“.¹ Die Amerikaner waren also überzeugt, daß nur die radikale Beseitigung des nationalsozialistischen Kommunikationssystems die Voraussetzung für eine grundlegende Demokratisierung im Medienbereich schaffen könne. Betroffen von dieser Tabula rasa waren auch Zeitungen, die zu Beginn oder während der NS-Zeit *hatten eingestellt* werden müssen, was eine bewußte und völlige Ausschaltung der sogenannten Altverleger bedeutete. Neben dem Abbruch jeder institutionellen Kontinuität strebten die Amerikaner auch einen Bruch der personellen Kontinuität in der österreichischen Presse an. In ihrer Lizenzpolitik bestellten die Amerikaner vorzugsweise Herausgeber-Kollegien von mehreren Männern – keine Frau war darunter –, die gemeinsam die Verantwortung für eine Zeitung übernehmen sollten. Daß sie bei der Auswahl nicht immer eine glückliche Hand hatten, sollte bei dem allgemeinen Informationsdefizit in jener chaotischen Zeit nicht verwundern.² Zwar wollten es die Amerikaner vermeiden, zu viele Elemente der extremen Linken oder der extremen Rechten zu ernennen, um sich nicht der Beschuldigung auszusetzen, es werde eine allzu radikale oder allzu konservative Politik begünstigt. Auch waren die Offiziere der Militär-

¹ Reinhold Wagnleitner, *Coca-Colonization und Kalter Krieg. Die Kulturmission der USA in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg*. Habilitation Salzburg 1989, 131.

² So bemerkt ein österreichischer Historiker: „Auch ein anderes Phänomen trat in Zusammenhang mit den Lizenzverteilungen auf: Karrieremacher. Besonders signifikant ist in diesem Zusammenhang das Beispiel des ersten Nachkriegspressezaren, Hans Behrmann.“ Oliver Rathkolb, *U.S. Medienpolitik und die neue österreichische Journalistenelite*. In: *Medien & Zeit. Forum für historische Kommunikationsforschung* 2 (1987), 3–16, hier 7.

regierung angehalten, die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ihres Gebietes zu berücksichtigen, damit die Ernennungen – sei es zu Kommunalverwaltungen oder Herausgeber-Gremien – einigermaßen repräsentativ für die lokale Bevölkerung ausfielen. Eine ausgewogene und „paritätische“ Besetzung der Gremien glückte nicht immer. Die österreichische Personaldecke an unbelasteten und zugleich erfahrenen Verlegern und Journalisten war dünn. Der Handlungsfreiheit der amerikanischen Presseoffiziere waren durch die Notwendigkeit, Kooperationspartner in Österreich zu finden, gewisse Grenzen gesetzt. Dies veränderte zwar nicht die Grundlinien der Lizenzpolitik, wohl aber hatten die Presseoffiziere lokale Interessen, besonders in der Form der sich konstituierenden politischen Parteien zu berücksichtigen. Vielfach waren die Besetzungsoffiziere weniger an Ausgewogenheit interessiert als an der Auswahl von durchschlagkräftigen Persönlichkeiten, von denen die kompetente Meisterung des Chaos am ehesten zu erwarten war. Besonders die Pressegeschichte der ersten Jahre der Zweiten Republik erwies sich als ein Tummelplatz für solche „dynamische Naturen“, deren Charakter jedoch nicht immer einwandfrei war. Eine dieser dynamischen Naturen war Hans Behrmann – ein veritabler Hans im Glück –, der, von den Amerikanern mit einer Lizenz zur Veröffentlichung der „Oberösterreichischen Nachrichten“ ausgestattet, die Gelegenheit ergriff, ein Presse-„Empire“ zu errichten, letzten Endes aber im Laufe der für Außenseiter unfreundlichen Normalisierung der Verhältnisse auf Grund seiner charakterlichen Schwächen scheiterte.

Der Aufsatz analysiert den Prozeß der „Reorientierung“ an Hand der „Oberösterreichischen Nachrichten“, die am 11. Juni 1945 als amerikanische Armeegruppen-Zeitung begannen, am 6. Oktober 1945 als lizenzierte österreichische Zeitung einem Gremium von sechs Personen übergeben wurden und sich in den folgenden Jahren zu einem bedeutenden Vertreter einer von den politischen Parteien unabhängigen Presse entwickelten. Mit den „Salzburger Nachrichten“ zählen auch die „Oberösterreichischen Nachrichten“ zur positiven Hinterlassenschaft der amerikanischen Besatzung auf dem Zeitungsmarkt. Beide behaupteten sich erfolgreich gegen die Konkurrenz der parteigebundenen Presse, wurden in der Abbauphase der Großen Koalition in den sechziger Jahren sogar zu einer Art „vierten Gewalt“ und verteidigen auch heute noch ihre Stellung als unabhängige Bundesländerzeitungen trotz der außerordentlich fortgeschrittenen Pressekonzentration und massiver ausländischer Kapitalbeteiligungen im Zeitungswesen Österreichs.³ In diesem Sinne ist die Behauptung, daß die Etablierung einer parteiunabhängigen Presse eine erfolgreiche amerikanische Weichenstellung in der Neuordnung des österreichischen Mediensystems darstellte, durchaus berechtigt.

Folgende Aspekte werden im Aufsatz berücksichtigt: die kommunikationspolitische Organisation der amerikanischen Armee, die Arbeit der kleinen Gruppe amerikanischer Presseoffiziere, die direkt am Aufbau der „Oberösterreichischen Nachrichten“ beteiligt waren, die Auswahl des Herausgeber-Gremiums der Zeitung, das gespannte Verhältnis zwischen dem Herausgeber-Gremium und der Druckerei Wimmer KG, der Versuch einer Abkehr von einer klassisch-kapitalistischen Verlagsstruktur und vorübergehenden Hinwendung zum Verlag als privatrechtlicher Stiftung. Der Aufsatz fußt vorwiegend auf amerikanischen Primärquellen aus dem National Archives in Suitland, Maryland, die im Verlaufe umfangreicher Forschungen

³ Otto Schulmeister, *Der Zweite Anschluß. Österreichs Verwandlung seit 1945*. Wien 1979, 90–91; Fritz Plasser, *Massenmedien*. In: *Handbuch des politischen Systems Österreichs*. Hrsg. von Herbert Dachs et al. 2. durchgesehene Aufl. Wien 1992, 419–432, hier 419–421.

über die amerikanische Besatzung im Süden Oberösterreichs eingesehen wurden.⁴ Eine definitive Studie der Anfänge der „Oberösterreichischen Nachrichten“ kann allerdings ohne Einsichtnahme in die privaten Papiere Alfred Maletas – er war einer der sechs Lizientiaten – nicht geliefert werden.⁵ Der versprochene zweite Band seiner Memoiren ist leider nicht erschienen, ein wesentlicher Verlust für die österreichische Zeitgeschichte.⁶ Während die Planungsebenen und die Entscheidungen der Presseoffiziere sowie die Grundzüge der Lizenzierungspraxis aus den amerikanischen Quellen zufriedenstellend rekonstruiert werden können, spiegeln sich die Reaktionen und Motivationen der Österreicher in ihnen nur in unschlüssiger Weise. Wie der Titel anzeigt, handelt es sich daher bei diesem Aufsatz um Anmerkungen zu einer Fallstudie über die amerikanische Lizenzpolitik, und nicht um die Fallstudie selbst, die erst zu leisten ist.

Warten auf Mark Clark

Die Unklarheit über die Entwicklung auf den Kriegsschauplätzen – ob Österreich aus dem Süden oder aus dem Norden besetzt würde – spiegelte sich auch in der verwirrenden Fülle der Organisationen, die mit der Medienplanung beschäftigt waren, wider. Bis April 1945 hatten zwei Organisationen im Rahmen des angloamerikanischen Mittelmeerkommandos Pläne für eine Medienpolitik in Österreich entwickelt. Es waren dies die Information and Censorship Group (ING) und die Psychological Warfare Branch (PWB), die ihre Richtlinien vom Office of War Information (OWI) erhielt. Der von der PWB für Österreich entworfene Plan, bekannt als „Freeborn Memorandum No. 10“, zeichnete sich durch große Sachlichkeit aus und unterschied sich deutlich von den Planungen für Deutschland durch das Fehlen einer „Politik der Härte“, obwohl natürlich auch in diesem Plan die Idee der Kontrolle ausgedrückt war. Auch waren bereits detaillierte Anweisungen vorbereitet, wonach zwei Medien-Abteilungen Linz und Salzburg anpeilen sollten, um dort raschest mit der Nachrichtenverbreitung durch Presse und Rundfunk zu beginnen.⁷

Da jedoch Westösterreich von den Truppen General Eisenhowers aus dem Norden besetzt wurde, galten für die ersten zwei Monate der Besatzung in Österreich die Medienrichtlinien für Deutschland. Diese wurden von der Psychological Warfare Division (PWD), die dem Obersten Hauptquartier der Alliierten Expeditionstreitkräfte in London und Paris (SHAEP) unterstellt

⁴ Kurt Tweraser, US Militärregierung Oberösterreich 1945–1950 I: Sicherheitspolitische Aspekte der amerikanischen Besatzung in Oberösterreich-Süd. Linz 1995.

⁵ Michaela Gastenau, Mit brauner Tinte. Nationalsozialistische Presse und ihre Journalisten in Oberösterreich (1933–1945). Linz 1992, 14–17.

⁶ Alfred Maleta, Bewältigte Vergangenheit. Österreich 1932–1945. Graz 1981. Zur Biographie Harry Slapnicka, Oberösterreich. Die politische Führungsschicht 1918–1938. Linz 1976, 173–175.

⁷ Eine ausgezeichnete Übersicht über die Details der Planungen und Planungsorganisationen gibt Oliver Rathkolb, Politische Propaganda der amerikanischen Besatzungsmacht in Österreich 1945 bis 1950. Ein Beitrag zur Geschichte des Kalten Krieges in der Presse-, Kultur und Rundfunkpolitik. Phil. Diss. Wien 1981, 31–64. Bereits Ende März 1945 war man übereingekommen, daß *the two targets which we will go for immediately are Salzburg and Linz*. Weiters, *we have clearance from the Chief of Staff that we do not have to go through the „austerity phase“ in Austria. It is our function to assist Austrians in getting a democratic, independent Austria as soon as possible... there will be two news teams – one for Salzburg and one for Linz*. National Archives Washington D.C. und Suitland, Md., Record Group 260, Schachtel 21, Mappe 189, Informations Services Branch, Executive Office (künftig: NA, RG 260/21/189 ISB ExOffice), Minutes of Meeting on Austrian Planning (American), 28. März 1945.

war, entwickelt. Gemäß den Anweisungen aus Washington sollte das deutsche Volk hart und streng, aber gerecht behandelt werden. Ende April lag eine provisorische SHAEF-Direktive für die Kontrolle des Informationsdienstes in Österreich vor, die im wesentlichen den strengen, für Deutschland bestimmten Richtlinien folgte.⁸ Wie für Deutschland waren auch für die von den Amerikanern besetzten Gebiete Österreichs drei Phasen vorgesehen: Phase 1 sah eine totale Sperre aller Medien (Presse, Rundfunk, Film, Theater) vor. In Phase 2 würden die Rundfunk- und Pressefunktionen von der amerikanischen Armee selbst besorgt; während der Phase 3 sollten die in amerikanischem Besitz befindlichen Informationsdienste an politisch vertrauenswürdige und fähige Österreicher übergeben werden.⁹

Die speziell in Österreich anzustrebenden Ziele waren: 1.) totale Ausschaltung von Nationalsozialismus, Militarismus und jeglichen deutschen Einflusses sowie Verhinderung einer Verbreitung von Doktrinen und Propaganda durch deutsche oder österreichische Nationalsozialisten, Faschisten und Deutschnationalen (*Pangermans*), 2.) die Initiierung und Kontrolle österreichischer Informations- und Nachrichtendienste sobald als möglich, 3.) die Unterstützung politischer Meinungen, die der Errichtung eines freien und unabhängigen Österreichs dienlich sind – ohne irgendeine Partei zu bevorzugen –, und 4.) die Österreicher daran zu erinnern, daß trotz der Moskauer Erklärung, die die Behandlung Österreichs als befreites Land vorsah, nicht vergessen werden kann, daß Österreich an der Seite Deutschlands gegen die Alliierten gekämpft habe. Es mußte daher den Österreichern klargemacht werden, daß sie „die Überfahrt [ins gelobte Land der westlichen Demokratie] durch eigene Arbeit bezahlen mußten (work their passage home)“.¹⁰

Beteiligt an der Adaptierung der für Deutschland bestimmten Direktiven für Österreich war wahrscheinlich der im PWD arbeitende Albert van Eerden, der vom September 1945 an leitender Beamter für Medienangelegenheiten der United States Forces in Austria (USFA) wurde.¹¹ Inzwischen hatten die für Österreich bestimmten Medieneinheiten (95 Militärs, 20 Zivilisten) in Verona ihre Vorbereitungen beendet und waren am 15. Mai einsatzbereit. Sie standen unter dem Befehl des General Arthur J. McChrystal, dessen politischer Berater James M. Minifie war, ein renommierter kanadischer Auslandskorrespondent der New York Herald Tribune.¹²

Um aber in Österreich aktiv zu werden, bedurfte es einer Genehmigung des Generals Robert A. McClure vom PWD des SHAEF und darüber hinaus der Zustimmung des für die Besatzung zuständigen Kommandos des XV. Armeekorps in Salzburg. Selbst als die Genehmigung an die aus Italien eintreffenden Einheiten erteilt wurde, war das bestimmende Dokument nicht Freeborn Memorandum No. 10, sondern die SHAEF-Direktive vom 29. April 1945 sowie die in Ausführung der Direktive erlassenen Information Control Regulation No. 1 und Dekret No. 10

⁸ SHAEF, Directive for Psychological Warfare and Control of Austrian Information Services, 29. April 1945. Gedruckt in: Michael Schönberg, Die amerikanische Medien- und Informationspolitik in Österreich von 1945 bis 1950. Phil. Diss. Wien 1975, Dokumentation 1, 74–105.

⁹ Alfred Hiller, Amerikanische Medien- und Schulpolitik in Österreich (1945–1950). Phil. Diss. Wien 1974, 19–20.

¹⁰ Schönberg, Medien- und Informationspolitik (wie Anm. 8), Dokumentation 1, 76.

¹¹ Van Eerden war im Zivilberuf Professor für Germanistik an der angesehenen Princeton University, hatte 1930 bis 1932 in München studiert und beherrschte natürlich die deutsche Sprache (Rathkolb, Politische Propaganda, wie Anm. 7, 49).

¹² Ebenda, 57.

über die Kontrolle von Veröffentlichungen, Radiosendungen, Nachrichtendiensten, Filmen, Theater und Musik.¹³ Die Arbeit der für Österreich bestimmten Medienspezialisten litt anfangs unter den von der PWD forcierten Versuch, ihre Jurisdiktion auf Österreich auszudehnen.¹⁴ Erst als mit Ende Juni 1945 die United States Forces in Austria unter dem Befehl von General Mark Clark aktiviert wurden und die Joint Chiefs of Staff in Washington eine eigene Direktive für Österreich erlassen hatten, konnten die Einheiten der PWB, die mittlerweile in Information Services Branch (ISB) umgetauft worden war, Ordnung in das mediale Chaos bringen.¹⁵ Der Beginn der Besatzungsherrschaft stellte also zunächst ein kommunikationspraktisches Problem innerhalb der amerikanischen Armee dar. Ohne Zweifel forderte das institutionelle Durch- und Nebeneinander von Armee und Militärregierung zeitraubende Absprachen.

ISB-Operationen in Linz und Oberösterreich Mai–August 1945

Bereits am 14. Mai begab sich eine in Salzburg stationierte Vorausabteilung des ISB nach Linz, um dort Erkundigungen über Unterkünfte, Büroräume, Garagen und vor allem intakte Druckereikapazitäten anzustellen. Da Oberösterreich noch in der Jurisdiktion der 3. Armee lag, ISB aber keine schriftliche Bewilligung vorweisen konnte, mußte sie sich auf den guten Willen des Linzer Stadtkommandanten Major Liakos verlassen und im übrigen ihre Aktivität zunächst auf ein Minimum beschränken.¹⁶ Erst am 27. Mai langten der Chef des ISB Lieutenant Colonel Shinn und sein Director of Operations, Minifie, in Salzburg ein; das restliche Personal folgte ein paar Tage später. Am 30. Mai hatte das XV. Armeekorps endlich die Bewilligung zur Veröffentlichung einer Armeezeitung in Salzburg gegeben *for the purpose of providing information, combatting rumors and carrying official announcements and in every way possible to facilitate the task of the occupying authorities*.¹⁷ Zeitungen durften ja nur auf „An-

¹³ Das Dekret No. 10 wurde erst am 20. Juli 1945 im Oberösterreichischen Amtsblatt, Folge 2, veröffentlicht. Gabriele Hindinger, *Das Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse in Oberösterreich im Jahre 1945*. Wien 1968, 125.

¹⁴ Als jedoch Hans Habe, Chef der Press and Publication Section, PWD, eine von ihm in München gegründete Armeezeitung in Salzburg zu „verkaufen“ versuchte, wurde seinem Mitarbeiter Stefan Heym unmißverständlich bedeutet, daß eine für deutsche Leser bestimmte Zeitung auf keinen Fall in Österreich verbreitet werden dürfe, da ISB gemäß Direktiven arbeite, die für ein befreites Land und nicht für ein besiegtes Land Geltung hätten (NA, RG 260/14/128 ISB ExOffice, Stefan Heym an Hans Habe, Newspapers in Western Austria, 19. Juni 1945).

¹⁵ Tweraser, US Militärregierung Oberösterreich (wie Anm. 4), 89–102.

¹⁶ In einem Bericht, der die Schwierigkeiten von ISB in Salzburg mit dem XV. Armeekorps reflektiert, heißt es: *Inasmuch as the entrance of ISB/AFHQ (dem Hauptquartier der angloamerikanischen Armee in Italien) into the 3rd Army Area of operation or recon did not have concurrence with 3rd Army, the mission in Linz was carried out on a limited basis to avoid duplication of the incidents that transpired in the area under XV. Corps*. Die Vorausabteilung in Linz bestand aus vier Amerikanern, darunter George B. Bookman, von Beruf Journalist, der als Propaganda-Koordinator fungierte, einem Major Ellis und einem Captain Block, also die typische Mischung von militärischem und zivilem Personal (NA, RG 260/20/121 ISB Newsoperations, O. Paul Herzig an Lt. Col. Shinn, Report of ISB Operations 14 – Salzburg and Linz, 19. Mai 1945).

¹⁷ NA, RG 260/14/126 ISB ExOffice, Albert Van Eerden an Commanding General, XV. Corps, Request for Approval for Operation of District Information Services Control Command in Gau Salzburg, 27. Mai 1945.

forderung“ der gebietszuständigen Besatzungsarmee gegründet werden. Am 30. Mai kam die erste Ausgabe des „Österreichischen Kuriers“ heraus; je 40.000 Kopien waren für Salzburg und Innsbruck bestimmt, 60.000 für Linz. Die Linzer Ausgabe hatte sogar eine Seite Lokalnachrichten. Verteilt wurde die Zeitung durch LKWs der Besatzung. Ursprünglich wollte ISB eine Tageszeitung und eine Wochenzeitung herausgeben; die Militärs erlaubten aber nur entweder eine Tageszeitung oder eine Wochenzeitung und machten auch bei dieser große Schwierigkeiten – *every item of production had to be chiseled out of the military as if it were transport*. ISB gab daher die Wochenzeitung „Österreichischer Kurier“ nur zweimal heraus und gründete eine Tageszeitung, die „Salzburger Nachrichten“, die am 7. Juni zum ersten Male erschien.¹⁸

Zur selben Zeit wurden auch Vorbereitungen getroffen, in Linz eine Armeezeitung herauszugeben. Am 31. Mai hatte Minifie Linz inspiziert und berichtete befriedigt über *a much more understanding spirit* der lokalen Militärregierung. Bereits am nächsten Tag beschlagnahmte Captain Block die Druckerei der Wimmer KG. Das kleine ISB-Team, das die Zeitung herausbringen sollte, traf im Laufe der nächsten Tage ein. Verantwortlich für die Gründung der Zeitung war Albert W. Reid, ein ziviler Beamter der Armee, der einschlägige Erfahrungen als Zeitungsherausgeber hatte.¹⁹ Ein wichtiges Mitglied dieses Teams war der deutschsprachige Feldwebel Helmuth Meyer, der bis Anfang September 1945 als Chefredakteur fungierte; Samuel Firestone war für wirtschaftliche Belange zuständig. Am wichtigsten war der 32jährige Presseoffizier Arnold Barach, ein gelernter Journalist, der sich mit beträchtlicher Energie in seine Aufgabe stürzte.²⁰ Am 11. Juni erschien die erste Nummer der „Oberösterreichischen Nachrichten“, herausgegeben von der 12. Heeresgruppe für die Bevölkerung Oberösterreichs. Sie erschien sechsmal in der Woche, hatte eine Auflage von 60.000 und kostete 15 Pfennig. Da mit den begrenzten amerikanischen Personalressourcen die Zeitung auch österreichische Mitarbeiter benötigte, hatte am 4. Juni in Linz der überaus schwierige und manchmal sehr langwierige Prozeß der Rekrutierung begonnen. ISB arbeitete mit der Hypothese, daß nur Gegner des Nationalsozialismus fähig wären, eine demokratische Erneuerung herbeizuführen. Daher begaben sich die ISB-Beamten sofort auf die Jagd nach betont NS-feindlichen Österreichern. Im Gegensatz zu dem „unpolitischen“ technisch-militärischen Denken der Militärregierungsbürokratie war ISB auf einen mehr „politisch“ ausgerichteten Rekrutierungsprozeß eingespielt. Da die ISB-Beamten nicht wußten, wie lange sie ihren Einfluß ausüben konnten, und nach ihrem Abtreten eine restaurative Entwicklung befürchteten, hatten sie es mit der „Reeducation“ eilig und waren im Prinzip auch gegen Kompromisse, die andere Besatzungs-

¹⁸ NA, RG 260/14/128 ISB ExOffice, Minifie an Chief of Branch, ISB, Report on ISB Operations for week ending June 2, 1945, 4. Juni 1945. NA, RG 260/1/2 ISB Radio, Minifie an James Clark, OWI, N.Y., 7. Juli 1945.

¹⁹ NA, RG 260/14/128 ISB ExOffice, Minifie an Russell Barnes, Director PWB, 2. Juni 1945.

²⁰ Arnold Barach, 1913–1987, MS Columbia University, tätig als Reporter für das „New Haven Register“ 1936, dem „Washington News Service“ 1937–38, Redakteur des „Consumers' Guide“ für das US Department of Agriculture 1938–41, Redakteur für den War Production Board 1941–1944, Redakteur und Verleger für den Psychological Warfare Board 1944–46. Nach dem Kriege machte Barach Karriere als Wirtschaftsjournalist und Herausgeber des „Kiplinger's Changing Times Magazine“ und veröffentlichte mehrere Bücher über die Zukunft der Wirtschaft in den USA und im neuen Europa (Contemporary Authors. A bio-bibliographical guide to current writers in fiction, general non-fiction, poetry, journalism, drama, motion picture, television, and other fields. Vol. 97–100. Detroit 1988, 25).



Abb. 1.

offiziere mit einer mehr pragmatischen Orientierung nur zu gerne eingingen. Wie in Deutschland hegten die ISB-Beamten auch in Österreich großes Mißtrauen gegen jemand, der im Dritten Reich an einer Zeitung gearbeitet oder von ihr profitiert hatte.²¹ Dieses Mißtrauen war auch verantwortlich für die mediale Tabula Rasa der ersten Phase der Reorientierung, in der, um ganz sicherzugehen, zunächst alle Zeitungen verboten wurden, selbst jene vom österreichischen Widerstand gegründeten. Darunter fielen zum Beispiel die „Salzkammergut Stimmen“ als offizielles Organ der österreichischen Freiheitsbewegung für Bad Ischl und Umgebung.²² Spontaneität war unerwünscht. Das Verbot jeglicher publizistischen Tätigkeit wirkte nicht gerade ermutigend auf die verschiedenen Widerstandsgruppen.²³ Der Hang zur Kontrolle und zur Verhinderung unvorhergesehener Konsequenzen war auch ein Charakteristikum der Medienbürokratie. Daß die Amerikaner damit eine beklagenswerte Eigenheit der österreichischen politischen Kultur, die Obrigkeitshörigkeit, auch in den Medien eher verstärkten als abschwächen, blieb ihnen verborgen.²⁴

Wenig hilfreich als Lehrbehelf für die Medien-Beamten in ihrer Aufgabe, die Österreicher zur Demokratie zu erziehen, war auch die am 14. Juni erlassene Propaganda Instruction No. 1, die u. a. folgende Punkte enthielt: 1.) Non-Fraternisierungspolitik auch in der Mediendarstellung. Publikationsorgane durften nicht den Eindruck erwecken, daß sie österreichische Medien seien, sondern hatten die „Stimme der Besatzungsautorität“ zu verkörpern; 2.) „Würdevolle“ und „faktenorientierte“ Wiedergabe der Meldungen, aber Verbot, Zweifel hinsichtlich der Einigkeit der Alliierten zu äußern; 3.) Keinerlei Einmischung in die innenpolitischen Debatten der Österreicher.²⁵

²¹ Harold Hurwitz, Die Stunde Null der deutschen Presse. Die amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945–1949. Köln 1972.

²² Harry Slapnicka, Oberösterreich – zweigeteiltes Land 1945–1955. Linz 1986, 209–210; auch OÖHbl 1 (1947), 184.

²³ Oliver Rathkolb, U.S. Medienpolitik (wie Anm. 2), 3–16.

²⁴ Zum Unterschied von den Italienern, deren Respekt für Autorität höchst begrenzt war – sehr zum Leidwesen der amerikanischen Besatzer – bemerkte James Minifie, der Erfahrungen mit den Medien in Italien und Österreich gesammelt hatte, etwas übertrieben, daß *the Austrian staff of our papers did not find it unreasonable that we should ask them to produce a paper reflecting our ideas and along our lines ... their very individuality made in Italian editors much livelier watchdogs of the public weal ... than the Austrians dared to be*. James M. Minifie, At an Alarming Rate. In: The Saturday Review October 19, 1946, Vol. 29, 10.

²⁵ Rathkolb, Politische Propaganda (wie Anm. 7), 66.

Vor Ort erforderten die Aufgaben der Presseoffiziere nicht sklavisches Festhalten an abstrakten Direktiven und abstrusen Instruktionen, sondern Improvisation oder zumindest eine großzügige Interpretation. Dies fiel den amerikanischen Zivilbeamten leichter als den Militärs, da die ersteren mit ihrem Dienst in der Besatzung keine Karriereperspektiven verbanden. Neben der Rekrutierung geeigneter Mitarbeiter hatten sich die Presseoffiziere auch um die technische Organisation zu kümmern. Nachdem eine funktionierende Druckerei requiriert war, mußten sie Papier und Druckerschwärze sicherstellen und sich manchmal darüber mit den örtlichen Einheiten der Militärregierung auseinandersetzen. Als besonders schwierig und langwierig erwies sich die politische „Durchleuchtung“ des gesamten Zeitungspersonals sowie der Druckereigentümer.

Auf Grund der vorgefundenen geringen personellen Auswahlmöglichkeiten fanden sich die Presseoffiziere gezwungen, auch Journalisten wieder Zugang zu den Redaktionen zu gewähren, die ihren Beruf bereits vor 1933 bzw. 1938 erlernt hatten und in der NS-Zeit tätig geblieben waren. Dies führte ohne Zweifel zu einem beträchtlichen Maß an personeller Kontinuität in den mittleren und unteren Ebenen der Redaktionen, besonders bei den freien journalistischen Mitarbeitern. Welche Bedeutung diese numerische Kontinuität für die inhaltliche Gestaltung der Zeitungen hatte, kann allerdings nur durch genaue Inhaltsanalysen erforscht werden, eine Aufgabe, die für die „Oberösterreichischen Nachrichten“ bisher noch nicht befriedigend geleistet worden ist.

In Linz hielten sich die Presseoffiziere an einen mit den lokalen Verhältnissen ziemlich gut vertrauten Informanten, dessen Bericht über die Lage im Linzer Pressewesen sie außerordentlich wertvoll fanden.²⁶ In seiner Besprechung der vor dem „Anschluß“ in Linz erschienen Tageszeitungen ist das Urteil über die „Tages-Post“ interessant, wonach das Blatt sich zwar als politisch unabhängig bezeichnete, sich aber im Wahlkampf den Großdeutschen und später den Nationalsozialisten zur Verfügung stellte, ein Urteil, das die Herausgeber und Eigentümer der Druckerei J. Wimmer KG in eine Nahebeziehung zum Nationalsozialismus brachte.²⁷ Dies macht die sofortige Beschlagnahme der Druckerei durch die amerikanische Besatzungsmacht verständlich, obwohl die Druckerei auch requiriert worden wäre, wenn sich die Eigentümer als Gegner des Nationalsozialismus entpuppt hätten. Es handelte sich nämlich um das einzige leistungsfähige, nicht bombengeschädigte Unternehmen in Linz, das über drei Rotationspressen verfügte, hievon zwei für den Zeitungsdruck in Frage kommend, darunter eine sehr moderne

²⁶ NA, RG 260/28/431 ISB Operations, Dr. Heinrich Freiherr v. Siegler (vermutlich ein Pseudonym), Bericht über die Frage des Wiedererscheinens einer Tageszeitung in Linz, 1. Juni 1945.

²⁷ Gustenau, Mit brauner Tinte (wie Anm. 5), 14–17, 37–40, 90–93. Über die Nähe der „Tages-Post“ zum Nationalsozialismus kann kein Zweifel bestehen; allerdings gehörten die Eigentümer nicht der NSDAP an, wohl aber wurden sie (Julius Wimmer; Oskar, Grete und Ilse Streit) in den Reichsverband der deutschen Zeitungsverleger aufgenommen. Wie weit die Eigentümer Einfluß auf die redaktionelle Gestaltung ausübten, ist eine offene Frage. Die beste Kennerin der Materie reiht jedenfalls die „Tages-Post“ in die Kategorie „getarntes NS-Blatt“ ein (Michaela Gustenau, Die oberösterreichische Presse vom „Stände-Staat“ zum „Dritten Reich“. In: Die veruntreute Wahrheit. Hitlers Propagandisten in Österreich. Hrsg. von Oliver Rathkolb, Wolfgang Duchkowitsch und Fritz Hausjell. Salzburg 1988, 376–499). Walter Pollak, dem späteren Chefredakteur der „Oberösterreichischen Nachrichten“ fiel dazu nichts ein als ein lahmes nach 1945 wurde der „Tages-Post“ vorgeworfen, daß sie Wegbereiter des Nationalsozialismus gewesen war. Das liege aber im großen Topf der geschichtlichen Vereinfachungen (ÖÖN vom 31. Dezember 1964, Jubiläumsausgabe 100 Jahre Linzer Tagespost).

aus dem Jahre 1938 mit einer Leistungsfähigkeit von 32 Seiten und 35.000 Stück Auflage in der Stunde. Dazu kamen acht Setzmaschinen, davon vier moderne, für Offsetdruck eingerichtet. Die „Tages-Post“ besaß auch einen Hellschreiber, womit Rundfunksendungen schriftlich aufgenommen werden konnten.

Die gegenwärtige Lage beurteilte der Bericht recht realistisch:

In Linz erscheint derzeit keine Tageszeitung, obwohl die Bevölkerung und die Landeshauptmannschaft von Oberösterreich dies zweifellos sehr wünschen würden ... Schließlich gehört das Vorhandensein einer eigenen Presse zu den ersten Voraussetzungen der Wiederaufrichtung eines demokratischen österreichischen Staatsbewußtseins. Der von der 12. Heeresgruppe in Salzburg herausgegebene „Österreichische Kurier“, der gleichzeitig für Salzburg, Tirol und Oberösterreich scheinbar nur 1 oder 2mal wöchentlich erscheint, ist ... *unzureichend*, da er in den Nachrichten nicht genügend aktuell ist ... und schon aus Raumgründen sich mit den drängenden Fragen der engeren und engsten Heimat nur ganz unzulänglich befassen kann. Von der alliierten Militärregierung wurde in Aussicht gestellt, daß das Wiedererscheinen politischer Tageszeitungen in absehbarer Zeit gestattet werden wird, aber erst dann, wenn Ruhe und Ordnung so weit wiederhergestellt sind, daß die politischen Parteien ihre Tätigkeit zur Vorbereitung freier Wahlen in Österreich wieder aufnehmen können. Dies kann noch Wochen, vielleicht auch Monate dauern.

Der eigentliche Vorschlag des Informanten ähnelt verblüffend der tatsächlichen Entscheidung der amerikanischen Besatzungsmacht:

Es wird daher vorgeschlagen, die alliierte Militärregierung um Genehmigung des Erscheinens einer politisch neutralen Tageszeitung in Linz zu bitten, die ohne politische Tendenz nur der Information der Öffentlichkeit und der Wiederaufrichtung des österreichischen Staatsbewußtseins zu dienen hätte. Als Druckerei hierfür wird die Druckerei J. Wimmer vorgeschlagen, da sie zweifellos der technisch beste Betrieb am Platze ist. Um in der Öffentlichkeit nicht den Eindruck zu schaffen, daß diese neuerscheinende oberösterreichische Tageszeitung eine Fortsetzung der von der gleichen Firma früher herausgegebenen „Linzer Tages-Post“ darstellt, müßte jedenfalls vermieden werden, daß diese Firma auch als Herausgeber aufscheint. Sie sollte daher lediglich die technische und finanzielle Gestion übernehmen, die Redaktion müßte von ihr völlig unabhängig gestellt werden, und als Herausgeber sollte ein von der Landeshauptmannschaft bestimmter Treuhänder fungieren, dem auch die Redaktion verantwortlich sein sollte. Da diese Zeitung zweifellos sehr guten Absatz haben würde, besteht kein finanzielles Risiko. Als Titel der neuen Zeitung wird vorgeschlagen: „Oberösterreichische Tageszeitung“, „Oberösterreichische Zeitung“ oder „Oberösterreichischer Anzeiger“. Der Titel soll keine Ähnlichkeit mit den drei früher in Linz erschienenen Tageszeitungen haben und das Wort „Österreich“ enthalten.

Weiters werden im Bericht 13 Personen als mögliche Redakteure und freie Mitarbeiter vorgeschlagen, von denen Franz Lettner und Wilhelm Salzer als ständige, hauptberuflich tätige Redakteure besonders empfohlen werden. In der Tat wurden Lettner und Salzer als Redakteure der Armeezeitung „Oberösterreichische Nachrichten“ angestellt. Lettner, ein alter Sozialdemokrat, war bereits am 1. Juni 1945 von Bürgermeister Ernst Koref mit der Herausgabe einer „Linzer Zeitung“, einem harmlosen Nachrichtenblatt, beauftragt worden. Der Stadtkommandant Major Liakos hatte in Unkenntnis der Bestimmungen für Phase 1 die Drucklegung erlaubt, mußte aber über höheren Befehl den Druck verbieten. Das Blatt wurde von der Besatzungsmacht beschlagnahmt, die weitere Herausgabe verboten, die Herausgeber sogar kurzfristig festgenommen.²⁸ Dies war ein typisches Beispiel für die noch mangelhafte Koordination zwischen ISB und den örtlichen Einheiten der Militärregierung, die aus eigener Machtvoll-

²⁸ Walter Knoglinger, Die Technik der Reportage. Dargestellt an Hand der Linzer „Tagespost“ und des Nachfolgeblattes „Oberösterreichische Nachrichten“. Linz 1962, 51–52; auch Franz Lettner, Die Anfänge der „O.Ö. Nachrichten“. In: OÖN vom 13. Oktober 1951.

kommenheit örtliche Zeitungen herausgaben oder österreichische Behörden und Widerstandsgruppen zur Herausgabe von Zeitungen ermächtigten. Mit Befehl vom 11. Juni wurde allerdings die Macht der „Bezirksherrscher“ beschnitten und die Militärregierung zentralisiert, was sich beruhigend auf das Verhältnis zwischen den verschiedenen Organisationen der Besatzung auswirkte.²⁹

Berücksichtigt man den Mangel an zur Verfügung stehenden Informationen, bewiesen die zuständigen amerikanischen Behörden in ihren Bestrebungen, Entnazifizierungsinteressen und journalistische Kompetenz auszubalancieren, eine verhältnismäßig glückliche Hand in der Wahl von Lettner und Salzer. Beide waren ausgezeichnete Journalisten und als Gegner des Nationalsozialismus bekannt. Beide kamen von den gemäßigten Flügeln der jeweiligen Partei, mit der sie sich identifizierten; Lettner war Rechtssozialist, Salzer ein Vertreter der christlichen Arbeiterschaft. Geht man allerdings vom Kriterium des beruflichen Verhaltens während der NS-Periode aus, stellt sich Salzer als der „reinere“ Charakter dar.

Wilhelm Salzer, gebürtiger Oberösterreicher, war vor 1938 in verschiedenen Funktionen für die christliche Arbeiterbewegung in Oberösterreich und Kärnten tätig, wurde 1938 aus politischen Gründen verhaftet und fristete sein Leben während der NS-Zeit in verschiedenen untergeordneten Stellungen. Eine journalistische Tätigkeit wurde ihm verboten.³⁰ Franz Lettner, ebenfalls Oberösterreicher, Sozialdemokrat, war bis 1938 beim „Tagblatt“ in Linz tätig, zeitweise als verantwortlicher Redakteur. 1934 kurzfristig unter Polizeiarrest gestellt, wurde er 1938 wegen politischer Unzuverlässigkeit vom NS-Regime gekündigt. In der Folge war er bei mehreren NS- oder NS-nahestehenden Zeitungen („Bauernzeitung“, „Tages-Post“) als freier Mitarbeiter oder Redakteur in nichtpolitischen Bereichen tätig, was eifrigen Historikern nicht verborgen blieb.³¹ Als Familienvater hatte er augenscheinlich für ein gewisses Maß an Anpas-

²⁹ Tweraser, US Militärregierung Oberösterreich (wie Anm. 4), 96–101. Bereits in der dritten Juniwoche äußerte sich Barach befriedigt über die sich beruhigende Lage: *Close liaison function between MG and this office. With the centralization of authority in the MG Land government, it is anticipated that previous confusion and overlapping will be eliminated to the joint benefit of all ... Orders and instructions have been printed as requested and there has been no dissatisfaction expressed with ISB newsoperations in relation to MG. Regular conferences are held both with Col. Snook and Major Hartigan for the purpose of effecting proper coordination of effort.* NA, RG 260/20/121 Newsoperations, Arnold Barach, News and Press Chief, ISB Unit 2 an Major Paul Herzig, O.C., ISB Unit 2, Weekly report for period ending 23 June, 1945.

³⁰ Zur Biographie Salzers Harry Slapnicka, Oberösterreich. Die politische Führungsschicht ab 1945. Linz 1989, 249–250; Friedrich Hausjell, Österreichische Tageszeitungsjournalisten am Beginn der Zweiten Republik (1945–1947). Eine kollektiv-biographische Analyse ihrer beruflichen und politischen Herkunft. Phil. Diss. Salzburg 1985, 751. Salzer fiel jedoch bei den Amerikanern in Ungnade. Im Oktober 1945 wurde er vom ISB Linz als Chefredakteur des „Linzers Volksblattes“ abgelehnt, weil er angeblich zwischen 1934 und 1938 als Gewerkschaftssekretär der Christlichsozialen Partei größere Geldbeträge unterschlagen habe. Auch als ihn Alfred Maleta 1946 zum Chefredakteur des ÖAAB-Blattes „Freiheit“ machte, wurden die Amerikaner durch Robert Gruen, einem engen österreichischen Mitarbeiter des CIC in Linz, auf die angeblich dubiose Vergangenheit Salzers aufmerksam gemacht, ohne daß jedoch ISB darauf reagierte. Aber noch 1950 beklagte sich Salzer bitter über eine abschlägige Beurteilung seiner Person im Rahmen des amerikanischen Austauschprogramms mit der fadenscheinigen Begründung, daß er Mitglied der DAF gewesen sei. NA, RG 260/28/436 ISB Operations, Gruen an Van Eerden, 20. Februar 1946. NA, RG 469/52 Gen. Correspondence, Salzer an Hansen, ECA Special Mission to Austria, 3. November 1950.

³¹ Gustenau, Mit brauner Tinte (wie Anm. 5), 210–213; Hausjell, Österreichische Tageszeitungsjournalisten (wie Anm. 30), 617; auch Slapnicka, Politische Führungsschicht ab 1945 (wie Anm. 30), 171–175.

sung an das jeweilige autoritäre Regime optiert, ohne sich jedoch in seiner sozialdemokratischen Grundeinstellung zu ändern. Im Gegensatz zu anderen Amerikanern, die annahmen, daß es unmöglich gewesen sei, in einer totalitären Umgebung zu leben, sich in seinem Beruf zu halten und dennoch redlich zu bleiben, waren die Medienoffiziere in Linz von Lettners politischer Verlässlichkeit und aufrechter demokratischer Gesinnung überzeugt. Sie übertrugen ihm nach einigen Probemonaten immer größere redaktionelle Verantwortung, sodaß er im September 1945, dem letzten Monat der „Oberösterreichischen Nachrichten“ als Armeezeitung, praktisch als Chefredakteur fungierte.³² Zu Lettner und Salzer gesellten sich zwei Redakteure aus Wien, Willibald Bertl, der ebenfalls während der NS-Zeit auf dem Unterhaltungssektor tätig war, und Franz Pils, ein Sportberichterstatte. Von den vier Redakteuren der Armeezeitung hatte sich also keiner im nationalsozialistischen Sinne hervorgetan.³³ Mit diesen vier Journalisten und einigen freien Mitarbeitern, unter der Leitung von Feldwebel Meyer als Chefredakteur, entwickelten sich die „Oberösterreichischen Nachrichten“ rasch zu einer von der Bevölkerung geschätzten Informationsquelle. Binnen zweier Wochen mußte die Auflage auf 110.000 Stück erhöht werden. In den wichtigeren Städten wurden Lokalreporter angestellt. Auch der Vertrieb entwickelte sich zufriedenstellend. 45.000 Kopien wurden in Linz selbst verkauft, 65.000 im restlichen Oberösterreich. Am 12. Juni wurde die Zeitung von zwei auf vier Seiten erhöht. Schwierigkeiten ergaben sich auf dem technischen Sektor. In der Schaffung der materiellen Voraussetzungen für den Start einer neuen Zeitung erwiesen sich die Presseoffiziere als unentbehrlich. Das nächstgelegene Materiallager für Druckerschwärze befand sich zum Beispiel in München. „Organisierungsausflüge“ des amerikanischen Personals behoben zumeist diese Engpässe. Wenigstens die Papierversorgung aus dem nahegelegenen Laakirchen war gesichert.³⁴

Auf Grund der Übernahme der Verantwortung für Österreich durch die USFA wurde der Kopf der „Oberösterreichischen Nachrichten“ von „Herausgegeben von der 12. Heeresgruppe für

³² NA, RG 260/19/100 ISB Newsoperations, Barach an Herzig, Weekly report for the period ending 28 September, 1945.

³³ Dies war jedenfalls das Urteil der amerikanischen Medienoffiziere. *Six Austrian civilians have been taken into employment with the editorial department of the paper. Two of them had excellent newspaper background. The four remaining have either good journalistic experience or the education and intelligence which would enable them to be trained in newspaper duties. None of the employees have had any association with Nazi groups, despite the fact that the Linz area was heavily Nazified.* (NA, RG 260/20/121 ISB Newsoperations, Minifie to Chief; PWD, SHAEF, Report on Operations of Information Services Branch, Austria for Week ending June 16, 1945, 20. Juni 1945.) Es steht im Gegensatz zu einem fragwürdigen österreichischen Urteil, wonach „trotz der strengen Entfaschisierungsrichtlinien der Amerikaner (auffällt), daß drei Viertel der österreichischen Redakteure (der OÖN als amerikanischer Armeezeitung) unter dem NS-Regime als Journalisten gearbeitet hatten. Die Journalisten mit NS-Erfahrung waren hier somit prozentuell fast dreimal so stark vertreten wie beim Durchschnitt aller österreichischen Tageszeitungen, was zugleich diesbezüglich das österreichische Höchstmaß bedeutet.“ (Hausjell, Österreichische Tageszeitungsjournalisten, wie Anm. 30, 171–172.) Die systematischen und akribischen Forschungen des Salzburger Kommunikationswissenschaftlers ergaben eine beträchtliche personelle Kontinuität im österreichischen Zeitungswesen. Es bleibt aber die Frage offen, die Hausjell selbst stellt, ohne sie empirisch zu beantworten, wie charakterlich deformiert „jene waren, die Austrofascismus und Nationalsozialismus in ihrem Beruf verbleibend erlebt hatten und ab 1945 erneut als Journalisten tätig waren“ (ebenda, 18).

³⁴ NA, RG 260/20/121 ISB Newsoperations, Barach an Herzig, Weekly report for the period ending 29 June, 1945.



Abb. 2:
Hans Behrmann (Foto: OÖN).

die Bevölkerung Oberösterreichs“ auf „Herausgegeben von den amerikanischen Streitkräften für die Bevölkerung Oberösterreichs“ geändert.³⁵ Eine andere Neuentwicklung stellte die gleichzeitige Veröffentlichung des Dekretes No. 10 und der Nachrichtenkontroll-Vorschrift No. 1 im Juli 1945 dar, da damit der langwierige Prozeß der Lizenzierung österreichischer Zeitungen begann. Allerdings demonstriert gerade das Dekret No. 10 die Konfusion, die die amerikanische Medienpolitik auf höchster Ebene auszeichnete. Dekret No. 10 entsprach fast zur Gänze dem unmittelbar nach Kriegsende in Deutschland angewandten Dekret No. 191, das in Verfolgung der ersten Phase der PWD-Nachkriegspolitik die totale Stilllegung aller von Deutschen betriebenen Nachrichtenmedien vorsah.³⁶ Dekret No. 191 mußte bereits am 12. Mai 1945 in Deutschland revidiert werden, um den Übergang zur dritten Phase, zur Lizenzierung von Informationsmedien, zu ermöglichen. In der amerikanischen Zone in Österreich hatte das zwischen 23. und 30. Juni zur Kenntnis genommene Dekret No. 10 nur die Funktion, einen bereits bestehenden Zustand – Verbot aller österreichischen Medien – zu ratifizieren. *Linz was visited*, wird in einem amerikanischen Bericht festgehalten, *in order to make personal delivery*

³⁵ NA, RG 260/20/121 ISB Newsoperations, Weekly Activities Report No. 45/3 to June 30, 1945, Headquarters ISB Unit 2.

³⁶ Hurwitz, Stunde Null (wie Anm. 21), 73.

*of Decree No. 10 and Regulation No. 1 to Land Oberösterreich MG officials. Etwas verlegen heißt es weiter, inevitably the publication of Decree No. 10 and Regulation No. 1 has caught up to the necessarily because-of-distances-to-be-covered slow process of surveying past present, and future newspaper problems in the U.S. occupied zone of Austria.*³⁷

Weitaus wichtiger als Dekret No. 10 war die Nachrichtenkontroll-Vorschrift No. 1, da durch sie das totale Medienverbot relativiert wurde. Die Vorschrift enthielt zwar eine lange Liste von Verboten, aber auch die Feststellung, daß alle diese verbotenen Tätigkeiten auf Grund eines Permits der Militärregierung erlaubt würden, darunter auch Veröffentlichung von Zeitungen. Damit begann die Suche nach geeigneten österreichischen Verlegern und Journalisten und eine intensivierte Tätigkeit der verschiedenen mit der „Durchleuchtung“ von Kandidaten befaßten Organisationen wie CIC (Counter Intelligence Corps), OSS (Office of Strategic Services) und der D-Sektion der ISB. Auch wurden Österreicher angestellt, die den ortsunkundigen amerikanischen Sicherheitsbehörden bei dieser Arbeit mit Informationen zur Seite stehen konnten.³⁸ Bis zur tatsächlichen Erteilung von Lizenzen vergingen allerdings noch einige Monate.

Mittlerweile verblieb den „Oberösterreichischen Nachrichten“ das Pressemonopol. Mit 21. Juli wurde die Ausgabe auf 135.000 erhöht. Der Vertrieb erfolgte nunmehr auch per Eisenbahn. Ein bemerkenswerter Zugang zum Stab der Zeitung war Miss Judy Maccoby als verantwortlicher Offizier für die Operationen der Druckerei. Damit konnte endlich die Klärung des geschäftlichen Verhältnisses zwischen der Druckerei und der Zeitung in Angriff genommen werden.³⁹ Am 31. Juli wurde James P. Pettegrove von Paris nach Linz versetzt, um die Leitung des amerikanischen Dokumentationszentrums zu übernehmen. Er war von Beruf Mittelschullehrer und sollte in den nächsten zwei Jahren eine wichtige Rolle auf dem Medien- und Propagandasektor in Linz spielen.⁴⁰ Interessant war auch eine kleine Notiz im Wochenbericht des Linzer Presseoffiziers: *Dr. Behrmann's activities were expanded to cover circulation and distribution.*⁴¹

Wer war Hans Behrmann, diese schillernde Figur, die für einige kurze Jahre die österreichische Medienlandschaft dominieren sollte? Behrmann wurde 1903 in Berlin geboren, war deutscher Staatsbürger, evangelisch getauft, aber zum katholischen Glauben übergetreten, besuchte das Gymnasium in Berlin, hörte einige Vorlesungen über Theater- und Zeitungswissenschaften. Beruflich entwickelte er eine geradezu hektische Tätigkeit als Verleger in Berlin, geriet aber in Schwierigkeiten auf Grund seiner anti-nationalsozialistischen Haltung. Er wich auf das Gebiet der Werbung aus, verhalf Juden zur Flucht aus Deutschland und verbrachte auf Grund

³⁷ NA, RG 260/20/121 ISB Newsoperations, Leroy Block an Director of Operations, Hqs, ISB, 30 June, 1945. OÖLA, Archiv der Landesregierung, Präsidium 1945, Karton 40, Fasz. 2, Decree No. 10 and Information Control Regulation No. 1.

³⁸ Traurige Berühmtheit erlangte Dr. Robert Gruen, Mitglied der Widerstandsorganisation O5, bekannter Journalist und Romanschreiber (Madonnen, Hexen, Göttinnen). NA, RG 260/20/121 ISB Newsoperations, J. R. Rice, Intelligence Officer, Unit 2, Report No. 45/3 for period 24/6/45 to 30/6/45. Eine vernichtende Kritik des Romans in NA, RG 260/4/39 ISB Newsoperations, „Österreichisches Tagebuch“, 14. September 1946.

³⁹ NA, RG 260/20/117 ISB Newsoperations, Barach an Herzig, Weekly report for the period ending 3 August, 1945.

⁴⁰ NA, RG 260/20/117 ISB Newsoperations, Tacquey an Chief of Branch, Report on Graphic Display Section Activities from July 29 to 4 August 1945, 4. August 1945.

⁴¹ NA, RG 260/20/117 ISB Newsoperations, Barach an Herzig, Weekly report for the period ending 3 August, 1945.

dieser Tätigkeit insgesamt fünf Jahre in den Konzentrationslagern Dachau, Augsburg und Mauthausen.⁴² Am 5. Mai 1945 wurde er von den Amerikanern in Mauthausen befreit. Vom amerikanischen Lagerkommandanten wurde er zum Lagerältesten des Frauenlagers bestellt, um dieses zu organisieren und aufzulösen. Nach einigen Wochen wurde den amerikanischen Medienoffizieren bekannt, daß Behrmann ein erfahrener Zeitungsmann sei. Er solle sich bei einem Mr. Barach beim ISB in Linz melden. Behrmann nahm Barachs Angebot, an den „Oberösterreichischen Nachrichten“ zu arbeiten, an.⁴³ Offizielles Datum seiner Einstellung in die Geschäfts- und Werbeabteilung war der 13. Juni 1945.⁴⁴ Von diesen bescheidenen Anfängen stieg Behrmann innerhalb von zwei Jahren zum ersten Nachkriegspressezaren empor, wurde zum *dynamic empire builder of independent journalism*, wie es Martin Herz, ein gewiegter amerikanischer Kenner der damaligen österreichischen politischen Szene, formulierte.⁴⁵ In kurzer Zeit wurde er der unentbehrliche Vertrauensmann der amerikanischen Medienoffiziere, die seine Dynamik und seinen aggressiven Geschäftssinn schätzten und ihm den Vertrieb der „Oberösterreichischen Nachrichten“ anvertrauten. Politisch war er als ehemaliger KZ-Häftling *persona grata*; auch seine deutsche Staatsbürgerschaft störte nicht, da er auf eine baldige Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft hoffen konnte. Da Behrmann augenscheinlich seine Österreicher bereits kannte, legte er sich kurzerhand einen Dokortitel zu. All das half ihm jedoch nicht, in den Augen der Linzer und oberösterreichischen Eliten sein Außenseitertum zu überwinden.

Da der Vertrieb und das Anzeigengeschäft der „Oberösterreichischen Nachrichten“ über Auftrag der Amerikaner von der Firma J. Wimmer KG selbst durchgeführt wurde, waren die leitenden Angestellten der Druckerei höchst unangenehm berührt, als ihnen Barach den Dr. Behrmann vorstellte – Barach beherrschte die Landessprache nicht und ließ durch seine Sekretärin Elisabeth Carthmann, ein Jahr später Behrmanns Frau, übersetzen. Behrmann sei der Vertrauensmann der Amerikaner für das Anzeigengeschäft; seine Vollmacht würde sich auch auf den Vertrieb erstrecken, wurde ihnen kurz, aber deutlich klargemacht.⁴⁶ Bald zeigte sich der steigende Einfluß Behrmanns. Während die Medienoffiziere den Inhalt der Zeitung genau kontrollierten, hatten sie wenig Zeit, sich um die Gebarung der Druckerei zu kümmern. Das sollte anders werden, da die augenscheinlich nicht sehr durchschlagskräftige Miss Maccoby nunmehr Behrmann an ihrer Seite hatte. Zehn Tage lang war ein Sachverständiger mit der Überprüfung der Bücher der Firma Wimmer beschäftigt, um festzustellen, wieviel an Unkosten

⁴² OÖLA, LG Linz, Vr Akten 1952, Zl. 101, Bd. IV, Nr. 756, Lebenslauf Behrmann, 19. Februar 1952.

⁴³ OÖLA, LG Linz, Vr Akten 1952, Zl. 101, Bd. IV, Nr. 756, Niederschrift Hans Behrmann, Gründung der Demokratischen Druck- und Verlagsgesellschaft, 21. Februar 1952.

⁴⁴ NA, RG 260/3/23 ISB Communications, Pettegrove an Fox, Beginnings of „Oberösterreichische Nachrichten“, 27. Februar 1947.

⁴⁵ Martin Florian Herz, *Understanding Austria. The Political Reports and Analyses*. Hrsg. von Reinhold Wagnleitner. Salzburg 1984, 190.

⁴⁶ NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Denkschrift über die Firma J. Wimmer, Kommanditgesellschaft in Linz a. D., Buch- und Steindruckerei, Zeitungsverlag, 4. Jänner 1947, ohne Verfasser. Eine frühe Fassung, ohne Datum und Verfasser, in: OÖLA, Archiv der Landesregierung, Präs. F 516. Aus dem Zusammenhang ergibt sich, daß der Verfasser vermutlich Lambert Popp war, der ehemalige Geschäftsführer der Wimmer KG, der 1944 mit der Verpachtung der „Tages-Post“ an den „Gauverlag“ in Pension ging, aber nach Kriegsende als Vertreter der Familie Streit an den Verhandlungen mit den Amerikanern, sprich Behrmann, teilnahm. NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Gedächtnisnotiz Pettegrove über Besuch des Mr. Popp, 13. Februar 1947.

oder Gewinn der Druck der „Oberösterreichischen Nachrichten“ tatsächlich verursachte bzw. einbrachte. Er wurde auch beauftragt, für den Druck der Zeitung ein eigenes Verrechnungssystem einzurichten; die Belege würden in Zukunft im Büro der amerikanischen Zeitung abgelegt werden, separat von den Unterlagen der Firma Wimmer, da sich deren Buchhaltung nicht verlässlich gezeigt habe.⁴⁷ Damit startete eine Reihe von Maßnahmen, die die Trennung der „Oberösterreichischen Nachrichten“ von der Firma Wimmer, die mit dem Namen der „Tages-Post“ so eng verknüpft war, bezweckten.

Die finanzielle Analyse ergab, daß die Zeitung innerhalb der ersten zwei Monate einen Gewinn von 542.665,07 Schilling erzielt hatte. Die Gewinne wurden auf ein Sparkassenkonto in Linz eingezahlt, worüber der Presseoffizier Barach allein Verfügungsberechtigt war. Die Gewinne verursachten einiges Kopfzerbrechen höheren Ortes, da ja die amerikanische Armee kein auf Profit angelegtes Unternehmen war,⁴⁸ verstärkten jedoch den Wunsch der lokalen Medienoffiziere – und Behrmanns, der in der Tat bereits ihr Vertrauensmann und Sprecher war –, den Zeitungsverlag „Oberösterreichische Nachrichten“ zwar gänzlich von der Firma Wimmer KG zu trennen, aber sich auch die Verfügungsgewalt über die Druckerei zu sichern. Nach Absprache mit Major Roesti, dem Finanzoffizier der regionalen Militärregierung, wurde entschieden, daß die Firma Wimmer für die bisherige Arbeit Anspruch auf den Ersatz der direkten Kosten (Arbeitsleistung, Materialausgaben) hätte, daß aber andere Ansprüche, wie etwa die Abnutzung des Maschinenparks, nicht berücksichtigt würden. Die Firma Wimmer würde eine einmalige Zahlung von 20.000 Schilling für Leistungen anlässlich der Gründung der Zeitung erhalten. Dem Direktor der Firma Wimmer, Hans Schöndorfer, der von der Voraussetzung ausging, daß die Firma Wimmer einen Druckauftrag des ISB hatte, wurde brüsk eröffnet, daß die Druckerei requiriert sei und daß eine endgültige Entscheidung über ihr Schicksal nur von der Militärregierung und den zuständigen österreichischen Behörden getroffen werden könne.⁴⁹ Obige Entwicklung muß im Zusammenhang mit der sich bereits im Ge-

⁴⁷ NA, RG 260/20/117 ISB Newsoperations, Maccoby an Commanding Officer, ISB Unit 2, Weekly Activities Report No. 45/9, 10. August 1945.

⁴⁸ Wie ein Medienoffizier berichtete: *In Austria we were making so much money that General Clark set up a committee to investigate us. Generals are perfectly happy when money is being spent. But when anyone under their command begins to make money, they feel that something must be very wrong... it was unquestionably true that we were making money „at an alarming rate“.* (Minifie, At an Alarming Rate, wie Anm. 24, 9.) Minifie hatte sich mittlerweile bei den Militärs unbeliebt gemacht, da er sich nicht vollkommen der militärischen Kontrolle unterworfen hatte, auch sprach er nicht deutsch und hatte nur eine oberflächliche Kenntnis der österreichischen Verhältnisse, war daher in den Augen der Militärs nicht die optimale Lösung für amerikanische Propagandazwecke. Ganz anders wurde Van Eerden eingeschätzt, dem sie *a much keener appreciation of propaganda need and effect* zusprachen. NA, RG 260/1/9 Radio, Notes RE Visit to ISB Salzburg, 2. Juli 1945.

⁴⁹ NA, RG 260/20/118 ISB Newsoperations, Barach an Herzog, Weekly report for the period ending 24 August, 1945. Aus der Sicht der Firma Wimmer stellten sich die einseitigen „Verhandlungen“ wie folgt dar: *Am 23. August ließ Mister Barach durch Herrn D. Behrmann verdolmetschen, daß der Zeitungsverlag „Oberösterreichische Nachrichten“ von der Fa. J. Wimmer gänzlich zu trennen ist und daß sämtliche Einnahmen aus dem Anzeigengeschäft und aus dem Vertrieb abzuführen sind. Es werden der Fa. J. Wimmer lediglich die reinen Unkosten vergütet, für die Abnutzung der Maschinen und Fahrzeuge, für Mieten und dergleichen jedoch nichts bezahlt. Als Anerkennung für die geleistete Arbeit werde eine einmalige Entschädigung von nur RM 20.000 gewährt. Der Grund, der zu dieser Maßnahme führte, wurde von Herrn Dr. Behrmann genannt, daß Wimmer mit der Zeitung verdient habe. An der Zeitung dürfe niemand verdienen.* NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Denkschrift über die Firma J. Wimmer, 4. Jänner 1947.

sprach befindlichen Lizenzierung von österreichischen Zeitungen an die politischen Parteien und der gleichzeitigen Etablierung einer parteiunabhängigen Presse durch die Amerikaner gesehen werden. Das Ende der Phase 2 war in Sicht, Phase 3 warf ihre Schatten voraus.

Die Lizenzierung der „Oberösterreichischen Nachrichten“ – Ein neuer Weg in der Medienpolitik?

Dieser Abschnitt des Aufsatzes behandelt das Verhältnis von Improvisation und Planung bei den mit der Durchführung der Presselizenzen beauftragten Offizieren und Beamten des ISB und die Einwirkungsmöglichkeiten Dritter, darunter die Lizentiaten selbst, aber auch die politischen Parteien und die anderen Besatzungsmächte. Wie abhängig waren die Lizenzträger von ihren amerikanischen Protektoren? Wie veränderten sich Einfluß und Bedeutung der Presseoffiziere mit der Wiedererrichtung einer demokratischen Presse, die sowohl parteiunabhängige als auch parteiabhängige Zeitungen einschloß? Welche Auswirkungen hatte die Zulassung der politischen Parteien, die auf eine politische Reorganisation lokaler und regionaler Strukturen hinauslief, sowie das wachsende Selbstbewußtsein der Österreicher auf die amerikanische Pressepolitik?

Das erste offizielle Signal, das die Wiedererrichtung einer demokratischen Presse in Österreich ankündigte, war eine Erklärung von General Mark Clark in Salzburg am 12. August 1945.⁵⁰ Aber Vorschläge darüber waren bereits einen Monat vor Clarks Rede im Umlauf. Als oberste amerikanische Instanz zur Erteilung von Permits an Österreicher wurde ein „Publications Board“ diskutiert, ein Indiz, daß es den Amerikanern mit der Permitgewährung an Österreicher – unter gewissen Bedingungen – ernst war.⁵¹ Dem Board gehörten an: Brigadegeneral McChrystal, ISB-Chef, als Vorsitzender, Van Eerden, ISB, als Operations Officer, Captain Block, ISB, als Sekretär, Albert Reid, ISB, zuständig für Druckereiangen. Dazu kamen von anderen Abteilungen der obersten Militärregierung John G. Erhardt und Lewis E. Gleek als Vertreter des Office of the Political Adviser, sowie Repräsentanten der Abwehr G-2 und der Public Relations Sektion.⁵² Eine Empfehlung General McChrystals zur Ausgabe von Permits für Wochenzeitungen in kleineren Städten und Permits für Tageszeitungen der politischen Parteien, sobald sie von der Militärregierung anerkannt seien, fand am 24. August die Zustimmung General Mark Clarks.⁵³

Aus der Provinz erhielten die obersten Besatzungsbehörden in Wien dringende Anfragen von ISB, wann denn mit der Lizenzierung der Zeitungen ein Anfang gemacht würde, damit sie mit der Planung für den Eventualfall beginnen könnten.⁵⁴ Die Zivilbevölkerung äußerte sich mißfällig über das Zögern der amerikanischen Behörden, endlich Presse- und Versammlungs-

⁵⁰ Salzburger Nachrichten vom 13. August 1945.

⁵¹ NA, RG 260/2/28 ISB Operations, Gray an Erhardt, Setting up of the Publications Board, USFA, 18. Juli 1945. Neben der Ausgabe von Lizenzen wurde die Behörde auch zur Kontrolle der Papierversorgung ermächtigt.

⁵² NA, RG 260/2/19 ISB Operations, Minutes, Publications Board No. 1, 25. September 1945.

⁵³ NA, RG 260/2/19 ISB Operations, McChrystal an Commanding General, Austrian Publications, 20. August 1945.

⁵⁴ Etwa NA, RG 260/20/117 ISB Newsoperations, Barach an Herzog, Weekly report for the period ending August 10, 1945.

freiheit zu gewähren. Sie war auch unzufrieden mit der Berichterstattung der „Oberösterreichischen Nachrichten“. Es würde die Schuld der Nazis immer wieder betont, aber die Nazis würden nicht bestraft; die Leiden der Bevölkerung erhöhten sich durch die strikte Aufteilung in Besatzungszonen. Warum hat Amerika es erlaubt, wurde gefragt, das Leben der Bevölkerung auf Grund der von den Russen getroffenen Maßnahmen noch unerträglicher zu machen? Damit wurde auf die Übergabe des gesamten Mühlviertels an die sowjetische Besatzungsmacht Ende Juli 1945 angespielt. Die Bevölkerung reagierte mit großer Enttäuschung auf die ihr unverständliche nachgiebige Haltung der USA. Auch wurde die Abtretung des Mühlviertels von den amerikanischen Behörden propagandistisch höchst ineffektiv behandelt.⁵⁵ *The reader, so führte ein Bericht der D-Sektion ISB aus, has become very suspicious through the years of nazism, and he has almost come to expect that reports in the paper will belie the facts. He had great confidence after entry of the Americans, but he is beginning to lose it again because he does not see much of the very much advertised freedom of the press.*⁵⁶

Die amerikanischen Behörden sahen sich einer Reihe von Aufgaben gegenüber. Einmal hatten sie eine Entscheidung über die von ihnen gegründeten Armeezeitungen vorzubereiten. Zum anderen hatten sie auch eine Antwort auf die immer dringenderen Vorstellungen der österreichischen politischen Kräfte zu finden, Versammlungsfreiheit und die Herausgabe von Parteizeitungen zu gewähren. Darüber hinaus hatten sie mit den Propagandaabteilungen der anderen drei Besatzungsmächte über eine gemeinsame Pressepolitik zu verhandeln. In Linz beschäftigte sich Arnold Barach mit den Aufgaben für eine Übergabe des Pressewesens an österreichische Lizenziaten vor Ort. Darunter waren 1.) eine Entscheidung über die endgültige Disposition der „Oberösterreichischen Nachrichten“, 2.) Disposition der Gewinne und 3.) Entwicklung einer Überwachungsmaschinerie, um eine angemessene Nachzensur der Zeitungen zu ermöglichen.⁵⁷

Aus den internen Verhandlungen der amerikanischen Behörden kristallisierten sich mehrere Empfehlungen an General Mark Clark heraus. Für die beiden in der US-Zone publizierten Armeezeitungen („Salzburger Nachrichten“ und „Oberösterreichische Nachrichten“) wurde vorgeschlagen, durch Herausgabe von Lizenzen an geeignete Österreicher das Weitererscheinen zu ermöglichen. Gleichzeitig wurde empfohlen, in den Ländern Oberösterreich und Salzburg – simultan mit der Anerkennung der politischen Parteien – je einer Parteizeitung für die ÖVP, die SPÖ und die KPÖ eine Lizenz zu erteilen.⁵⁸ Die Vertreter der politischen Parteien in Oberösterreich hatten Gelegenheit, ihre Wünsche gegenüber den Vertretern der regionalen Militärregierung (Colonel Russell A. Snook, Major John D. Hartigan) und des ISB in einem nicht gerade ergiebigen Meinungsaustausch vorzutragen. Vorerst mußten sie sich einen schulmeisterlichen Vortrag von Major O. Paul Herzig anhören, der sie darauf aufmerksam machte,

⁵⁵ NA, RG 260/20/117 ISB Newsoperations, Minifie an Chief ISB, Report on Operations of Information Services Branch, USFA, for Week ending August 4, 1945.

⁵⁶ NA, RG 260/20/117 ISB Newsoperations, Gengerelli an Minifie, Reaction to ISB Propaganda, 10. August 1945.

⁵⁷ NA, RG 260/20/118 ISB Newsoperations, Barach an Herzig, Weekly report for the period ending August 17, 1945.

⁵⁸ NA, RG 260/20/118 ISB Newsoperations, Minifie an Chief, ISB, Report on Operations of ISB, USFA, for Week ending August 12, 1945. NA, RG 260/20/119 ISB Newsoperations, Minutes of Weekly Staff Meeting ISB, 16. August 1945. NA, RG 260/2/19 ISB Newsoperations, Block an Chief of Branch, ISB, Licenses for Austrian Publishers, 18. August 1945.

daß der Wert einer Zeitung auf der Veröffentlichung der Wahrheit beruhe. Immerhin ermutigte sie der Major, mit den Vorbereitungen für die Herausgabe von Zeitungen zu beginnen und Ansuchen um Lizenzen einzureichen.⁵⁹

Anfangs September wurde das ganze Bündel pressepolitischer Fragen entscheidungsreif. Aus verschiedenen Gründen wurde es als unpraktisch und sogar gefährlich angesehen, eine unbegrenzte Zahl von Zeitungen zu erlauben. Es wären nicht genug österreichische Redakteure vorhanden, die das nötige politische Verantwortungsgefühl hätten; auch war die Überwachung einer kleineren Anzahl von Zeitungen leichter zu handhaben. Das stichhaltigste Argument gegen eine Zeitungsschwemme war jedoch die allgemeine Papierknappheit. Neben einer begrenzten Zahl von kleineren Wochenblättern und je einer überpolitischen Tageszeitung für die Städte Linz und Salzburg war auch die Ausgabe von Lizenzen an die von den Alliierten erlaubten drei Parteien vorgesehen.⁶⁰ Die lizenzierten Zeitungen würden zwar nicht mehr einer peinlichen Vorzensur unterliegen, aber ganz ohne Zensur ging es nicht. Eine eingehende Nachzensur würde ausgeübt werden, um sicherzugehen, daß die Zeitungen gemäß den Standards der besten amerikanischen Zeitungen gestaltet würden. *Editors shall be required to observe a standard of conduct and responsibility comparable to that of the best U.S. papers.*⁶¹ Die Amerikaner hielten offensichtlich ihre eigene Presse für vorbildlich und würden daher die österreichischen Zeitungen an einer idealisierten amerikanischen Presse und nicht an ihren davon abweichenden Praktiken (vor allem in der berüchtigten „Hearst-Presse“) messen.

Da die Amerikaner eine parteipolitische Presse im europäischen Sinne nicht kannten, hatten sie Reserven gegen einer von den politischen Parteien abhängigen Presse in Österreich. Von einer unabhängigen Presse erwarteten sie sich eine strikte Trennung von Nachricht und redaktionellem Kommentar; Vermengung von Nachricht und Kommentar war aber gerade das, was der durchschnittliche Parteigänger von seiner Zeitung erwartete. Ob sich daher die amerikanischen Reformbestrebungen bei der Parteipresse durchsetzen würden, war mit hoher Skepsis zu beurteilen. Die Parteien waren es gewohnt, ihre Zeitungen auf eine bestimmte weltanschauliche Richtung festzulegen. Der amerikanischen Auflage, daß der Nachrichtenteil keinerlei parteipolitische Tendenz enthalten dürfe, folgten die Parteien daher auch nicht. Selbst bei den parteiunabhängigen Zeitungen war zu bezweifeln, daß sie sich in eine „amerikanische Presse“ verwandeln würden, obwohl sie der Verpflichtung zur Angabe aller Quellen und zur Nennung der Autorennamen im allgemeinen Folge leisteten. Im Gegensatz zu Österreich konnte die amerikanische Besatzungsmacht in Deutschland bis 1949 eine Lizenzierung von Parteizeitungen vermeiden. Zuerst sollte eine unabhängige Presse aufgebaut werden.⁶² In Österreich waren jedoch die Amerikaner durch das Vorpreschen der Sowjetunion auf dem Gebiete der Parteienlizenzierung in Zugzwang geraten und hatten sich der Logik der Situation zu beugen. Allerdings verblieb ihnen mit dem „Wiener Kurier“ eine Zeitung, die sie im Sinne amerikanischer Vorbilder leiten konnten.⁶³ Zweifellos hegten die Amerikaner nicht grundlose Befürchtungen,

⁵⁹ NA, RG 260/20/118 ISB Newsoperations, Minutes, Meeting with Representatives of Three Political Parties, Application for Newspapers, 21. August 1945.

⁶⁰ NA, RG 260/2/19 ISB Operations, McChrystal an Chief, Political Division, USACA, PressPolicy, 1. September 1945.

⁶¹ Ebenda.

⁶² Hurwitz, Stunde Null (wie Anm. 21), 153–160.

⁶³ Zum „Wiener Kurier“ Rathkolb, U.S. Medienpolitik (wie Anm. 2), 5.

daß eine schwache parteiunabhängige Presse von Partei- und Regierungsinteressen überwältigt werden könnte. Sie waren daher bereit, die unabhängige Presse durch bevorzugte Papierzuteilung und Nachrichtenvermittlung zu stärken. Daß auch monopolistische Tendenzen in den Eigentumsverhältnissen die Unabhängigkeit der Zeitungen untergraben könnten, war nicht ihre Sorge. Es sollte nicht überraschen, daß aus den eingesehenen Akten eine Infragestellung der kapitalistischen Eigentumsform nicht hervorgeht.

Die endgültige Entscheidungsbefugnis über die Ausgabe von Permits lag beim Publications Board. Dies schloß jedoch nicht aus, daß durch den Eifer lokaler Presseoffiziere die Entscheidung vorstrukturiert wurde, da besonders in den ersten sechs Monaten der Besatzung die Presseoffiziere einen relativ großen Handlungsspielraum hatten. Die Vorstrukturierung der Entscheidung auf höchster Ebene läßt sich am Beispiel der Lizenzierung eines Gremiums zur Herausgabe der „Oberösterreichischen Nachrichten“ demonstrieren. Am 4. September 1945 suchte eine Gruppe von sechs Personen (Hans Behrmann, Ernst Koref, Otto Nicolet, Alfred Maleta, Franz Haider, Franz Lettner) bei ISB um Gewährung eines Permits zum Druck einer „non-party“-Zeitung an; ihre Gewinne sollten zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke verwendet werden.⁶⁴

Wie ist es zu diesem Ansuchen gekommen? Gemäß seiner eigenen Darstellung wurde Behrmann, vermutlich Mitte August, von Barach mitgeteilt, daß in absehbarer Zeit mit der Wiederherstellung der Pressefreiheit zu rechnen wäre und die Herausgabe von Zeitungen auf Grund von Lizenzen erfolgen würde. *Er [Barach] fragte mich, ob ich die „Oberösterreichischen Nachrichten“ weiterführen will, selbstverständlich müßte ich das Personal voll übernehmen und die Zeitung mit Herrn Lettner zusammen herausgeben. In diesem Sinne hat Barach auch mit Lettner gesprochen.* Behrmann zeigte sein prinzipielles Interesse, erwartete aber von einer unabhängigen Zeitung auf Grund seiner schlechten Erfahrungen in Deutschland eine ganz bestimmte Konstruktion: 1.) Eine vollkommen autonome Redaktion, die grundsätzlich ihre Richtlinien in monatlichen oder vierteljährlichen Besprechungen mit den Herausgebern festlegt. 2.) Eine Zusammenstellung von Gesellschaftern, die so ausgewählt sein müssen, daß sie zur Hälfte unabhängig und zur anderen Hälfte aus einem Sozialisten, einem Volksparteiler und einem Kommunisten bestehen. Die Aufgabe dieser Gesellschafter sollte vor allem darin liegen, auf die Herausgeber sofort einen Druck auszuüben, wenn die unabhängige Linie verlorenginge und sich die Zeitung zu einem Werkzeug irgendeiner Partei machen würde. 3.) Das Unternehmen sollte keinen Bankeinflüssen unterliegen. 4.) Eine unabhängige Zeitung sollte bestimmte soziale und kulturelle Aufgaben erfüllen.⁶⁵

Behrmanns unglückliche Erfahrungen mit Zeitungen in Deutschland bezogen sich auf zwei Kategorien: die General-Anzeiger-Presse und die Heimatpresse, die in Abhängigkeit von politischen oder wirtschaftlichen Interessensgruppen unfähig oder nicht willens waren, zur Verteidigung der Weimarer Republik beizutragen und sich dem Nationalsozialismus entgegenzustellen. Die Idee, die Zeitung einem breiten nazifeindlichen Gremium anzuvertrauen, ging wahrscheinlich auf die Praxis des europäischen Widerstandes zurück, antifaschistische Koalitionen unter der im Sommer 1945 noch selbstverständlichen Beteiligung von Kommunisten zu bil-

⁶⁴ NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Provisional Chronology, DDV, 4. September – 11. Jänner 47, zusammengestellt von Douglas Fox, Deputy of Van Eerden, ISB Vienna.

⁶⁵ OÖLA, LG Linz, Vr Akten 1952, Zl. 101, Bd. IV, Nr. 756, Niederschrift Hans Behrmann über die Gründung der DDV, 21. Februar 1952.

den. In diesem Sinne war bereits die Drei-Parteien-Zeitung „Neues Österreich“ in Wien konzipiert worden. Ob aber Überparteilichkeit auch Unabhängigkeit bedeuten würde, mußte die Praxis zeigen. Die soziale und kulturelle Rolle der Zeitung war in der ursprünglichen Formulierung höchst unbestimmt und deckte ein weites Spektrum von möglichen Maßnahmen ab: von der Vergesellschaftung des Unternehmens über die Sozialisierung von Gewinnen bis zu gelegentlichen karitativen Spenden.

Wer diese Ideen ursprünglich in Linz formuliert hat, geht aus den Akten nicht klar hervor. Daß sie Barach als amerikanischen Linksliberalen nicht ganz unsympathisch waren, kann angenommen werden. Und daß der mit unbändigem Ehrgeiz und Selbstbewußtsein ausgestattete Behrmann sie als seine eigenen Ideen reklamierte, überrascht auch nicht. Gemäß den amerikanischen Akten lag die Initiative bei Behrmann: *Continuance of the „Oberösterreichische Nachrichten“ on a non-partisan basis, and possibly as a tripartite paper for a few weeks, has been proposed by the Commercial Direktor [Behrmann]. He has been requested to present the proposal in writing in as complete details as possible for submission to higher headquarters.*⁶⁶ Während die Idee der Gewinnsozialisierung wohl auf Behrmann zurückgeht, besteht kein Zweifel an der strikten Weisung der Amerikaner, eine überparteiliche Presse zu gründen und daher bei den Lizenzträgern das gesamte demokratische Spektrum zu berücksichtigen. Durch die Zusammenfassung politisch gegensätzlicher Positionen mit anfangs mehreren, später meist zwei Lizenzträgern im Zeitungsverlag sollte die Unabhängigkeit und Überparteilichkeit der neuen Regionalpresse gewährleistet werden. Um die Existenz der neugegründeten Zeitungen auch nach Aufhebung des amerikanischen Lizenzsystems zu garantieren, erachteten es die Amerikaner als notwendig, eine rechtsverbindlich fundierte Verfügungsgewalt der Lizenzträger über die Produktionskapazitäten sicherzustellen.

Es war sowohl Barach als auch Behrmann klar, daß zur Bewahrung der Unabhängigkeit der Zeitung auch die Verfügungsgewalt, wenn auch nicht das Eigentum, an der Druckerei J. Wimmer KG gehörte. Es kam daher noch vor Gewährung der Lizenz zu Verhandlungen zwischen Behrmann, der als Bevollmächtigter des Presseoffiziers Barach auftrat, und Vertretern der Familie Streit, den Eigentümern der Druckerei Wimmer KG. Im Hintergrund spielten die politischen Parteien eine wichtige Rolle, da auch sie ein begehrtliches Auge auf die Druckerei geworfen hatten. In Gesprächen am 27. und 28. August erklärte Behrmann, daß gemäß der Entscheidung der Amerikaner die Firma Wimmer nie wieder eine Zeitung herausgeben dürfe. Er eröffnete dann den Vertretern der Familie Streit, daß sich zwei Gruppen um die Zeitung und die Druckerei bewerben. Eine davon, nämlich die hiesige Sozialdemokratische Partei, wolle unter dem Titel „Wiedergutmachung“ auch die ganze Firma Wimmer in ihren Besitz bringen; die andere Gruppe, der er selbst angehöre, wolle das Eigentum der Familie Streit nicht antasten, sondern mit der Firma Wimmer einen langjährigen Vertrag über einen Druckauftrag abschließen.⁶⁷ Behrmann ließ durchblicken, daß er mit amerikanischer Hilfe den Willen seiner

⁶⁶ NA, RG 260/19/100 ISB Newsoperations, Barach an Herzig, Weekly report for the period ending August 31, 1945.

⁶⁷ Die Sozialdemokratische Partei hatte 1934 die Druckerei Gutenberg durch Beschlagnahme verloren; 1938 wurde die Druckerei zum zweiten Mal enteignet, ihr Maschinenpark vom NS-Gauverlag übernommen, zum Teil verkauft und verschrottet. Die SPÖ stand also ohne Druckerei da und mußte ihr Parteiblatt einer parteifremden Druckerei anvertrauen (Slapnicka, Zweigeteiltes Land, wie Anm. 22, 212; Gustenau, Mit brauner Tinte, wie Anm. 5).

Gruppe durchsetzen könne. Den von Wimmer gestellten Antrag, daß die Fa. Wimmer oder ein Gesellschafter derselben oder ein Vertrauensmann der Firma in seine Gruppe aufgenommen wird, lehnte Behrmann als unmöglich ab. Er fügte auch hinzu, daß das Unternehmen seiner Gruppe nicht auf Gewinn aufgebaut sein wird.⁶⁸

Inzwischen hatte Behrmann sein schriftliches Exposé über den Zeitungsverlag ausgearbeitet. Es fand die Zustimmung nicht nur Barachs, sondern auch der politischen Kräfte in Linz. *It represents a democratic, constructive move to assure continuance of the „Oberösterreichische Nachrichten“ on an independent basis and to give the people of Upper Austria a newspaper of their own which will be published without reference to individual political belief.*⁶⁹ Nicht beeindruckt schien Barach jedoch vom Druckangebot an die Firma Wimmer, da dies einem Unternehmen, das auf der „schwarzen Liste“ stand, ungebührliche Gewinne ermöglichen und auch die Unabhängigkeit der Zeitung gefährden würde. Barach betrachtete einen Pachtvertrag als eine weitaus günstigere Lösung zur Sicherung einer ausreichenden Druckereikapazität für die „Oberösterreichischen Nachrichten“. Er schloß vollkommen aus, den Eigentümern der Druckerei einen Anteil an der Zeitung zu geben. Diesen Gedankengang folgend, schlug Behrmann in einer neuerlichen Verhandlung am 11. September der Firma Wimmer vor, den Maschinenpark auf zehn Jahre zu pachten, da ein Druckvertrag nicht mehr in Frage käme. *Die Amerikaner und alle drei politischen Parteien lehnen es ab, daß Wimmer einen Zeitungs-Druckauftrag erhält.* Zur Beschwichtigung der Firmenproteste schlug Behrmann vor, im Pachtvertrag die gesamte Verdienstmöglichkeit der Zeitungsmaschinen einzukalkulieren.⁷⁰

Der veränderten Lage entsprechend brachte die Firma Wimmer ihren Rechtsanwalt Dr. Beurle in die Verhandlungen ein, was Behrmann mit der Zuziehung von Rechtsanwalt Dr. Franz Zamponi beantwortete.⁷¹ In einer Sitzung am 12. September nannte Behrmann als Vertreter der politischen Parteien Dr. Maleta (ÖVP), Lettner (SPÖ) und Haider (KPÖ). Behrmann selbst bezeichnete sich als Sozialdemokrat und Geschäftsführer der Gruppe. Augenscheinlich war die endgültige Zusammensetzung des Verlegergremiums noch nicht entschieden. Die beiden Rechtsanwälte wurden beauftragt, einen Pachtvertrag für die Zeitungsmaschinen, also für eine Teilpachtung der Druckerei, auszuarbeiten.⁷² Am gleichen Tage erhöhten sich die Chancen der Behrmann-Gruppe beträchtlich. Van Eerden, der am 8. September zum Operations Officer ISB ernannt worden war,⁷³ erklärte sich nach einer Aussprache mit dem Verlegergremium bereit, den Rückzug der amerikanischen Armee aus der Zeitung und ihre Übergabe an das Gremium höheren Ortes zu vertreten. In dieser Aussprache wurde ausdrücklich festgehalten, daß sich die Partner des Zeitungsunternehmens vollkommen bewußt waren, dem Gremium nicht als Sprachrohr oder als Vertreter einer politischen Partei anzugehören, sondern als Privatpersonen einer österreichischen Handelsgesellschaft. Die Behrmann-Gruppe erhielt den Auftrag, einen

⁶⁸ NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Denkschrift über die Firma J. Wimmer, 4. Jänner 1947.

⁶⁹ NA, RG 260/19/100 ISB Newsoperations, Barach an Herzig, Weekly report for the period ending September 7, 1945.

⁷⁰ NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Denkschrift über die Firma J. Wimmer, 4. Jänner 1947.

⁷¹ Beurle, der offensichtlich keine disqualifizierende NS-Vergangenheit aufwies, entstammte einer bekannten deutschnationalen Advokatenfamilie in Linz. Zamponi war auf dem Wege, Staranwalt für sozialistische Interessen zu werden (Slapnicka, Politische Führungsschicht ab 1945, wie Anm. 30, 328–329).

⁷² NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Denkschrift über die Firma J. Wimmer, 4. Jänner 1947.

⁷³ NA, RG 260/20/119 ISB Newsoperations, General Order No. 4, 8. September 1945.

Gesellschaftsvertrag unter österreichischem Recht zu entwerfen und dem ISB zur Ratifizierung vorzulegen.⁷⁴

Im Gegensatz zu Salzburg entwickelte sich die Disposition der amerikanischen Armeezeitung in Linz zufriedenstellend. In Salzburg waren die Linksparteien nicht willens, mit Dr. Gustav A. Canaval, der im „Ständestaat“ eine bedeutende Rolle gespielt hatte, zusammenzuarbeiten. Ein wütender Van Eerden bezeichnete die Haltung der Linksparteien als *nothing less than an ultimatum*, mußte aber letzten Endes die Verhandlungen über ein „All-Parteien-Blatt“ („Salzburger Nachrichten“) aufgeben und sich am 20. Oktober mit der Gewährung eines Permits an zwei konservative Einzelpersonen begnügen (Canaval und Max Dasch).⁷⁵ Das Linzer Vorbild beeindruckte die Salzburger SPÖ und KPÖ augenscheinlich nicht.

In Linz hatten sich die Verhandlungen zwischen der Behrmann-Gruppe und der Firma Wimmer festgelaufen. Zwar wurde von den Rechtsanwälten noch Einigung erzielt, die Teilpacht in eine Verpachtung des ganzen Betriebes umzuwandeln, um den verrechnungstechnischen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen. Noch unbeeindruckt von Behrmanns Argument, daß er als Bevollmächtigter der Amerikaner über die Rechtslage – sprich Machtlage – Bescheid wisse, die sie zur Verpachtung so oder so zwingen würde, verweigerte die Familie Streit zunächst die Unterzeichnung des Pachtvertrages.⁷⁶ Die amerikanischen Pläne für die Übergabe der Zeitung wurden von der Weigerung der Familie Streit nicht berührt.

In der politischen „Durchleuchtung“ der sechs Lizenzträger war Eile geboten. Da der CIC mit über 25.000 noch nicht behandelten Fragebögen beschäftigt war, konnte die Untersuchung nicht sehr gründlich sein. Da aber die Lizenzträger bereits auf Grund ihrer anderen Funktionen auf ihre politische Vergangenheit überprüft worden waren, spielte das keine wichtige Rolle.⁷⁷ Wer waren nun die Lizenzträger, und was war ihre Motivation, Zeitungsverleger zu werden?

1.) Bürgermeister Dr. Ernst Koref als Vertreter der SPÖ. Zur Klärung von Korefs Interesse an den „Oberösterreichischen Nachrichten“ standen dem Verfasser kaum Unterlagen zur Verfügung. Vermutlich galt sein Interesse mehr der Druckerei als der Zeitung selbst. Das „Tagblatt“ mußte ja vom 8. Oktober 1945 bis 1. Oktober 1948 im Zeitungsverlag der „Oberösterreichischen Nachrichten“ gedruckt werden.⁷⁸ Den anderen Lizenzträgern war es sicherlich nicht unangenehm, einen in der Bevölkerung hochgeachteten Mann im Verlegerkollegium aufzunehmen. Koref verblieb bis Ende Juni 1946 im Verlegergremium und wurde vom Sozialisten Franz Zamazal, einem Druckereifachmann, abgelöst.

2.) Dr. Otto E. Nicolet war Beamter in der Landesregierung. Ihm war die Rolle eines „nicht-politischen“ Partners zugeordnet. Er spielte im Verlegergremium keine große Rolle. Behrmann hatte seine damalige Freundin, die bei der regionalen Militärregierung arbeitete, gefragt, ob sie ihm nicht jemand nennen könne, der keiner politischen Partei angehöre oder angehört hat. Sie

⁷⁴ NA, RG 260/19/100 ISB Newsoperations, Barach an Herzig, Weekly report for the period ending September 14, 1945.

⁷⁵ NA, RG 260/1/2 ISB Radio, Albert Van Eerden, 19. September 1945. Allgemein dazu Rathkolb, Politische Propaganda (wie Anm. 7), 92.

⁷⁶ NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Denkschrift über die Firma J. Wimmer, 4. Jänner 1947.

⁷⁷ NA, RG 260/26/369 ISB Operations, Robert D. Harris, Special Branch an Commanding Officer, ISB Linz, Screening Report, 21. September 1945.

⁷⁸ Hermann Czekal, „Oberösterreichisches Tagblatt“. In: 200 Jahre Tageszeitung in Österreich 1783–1983. Festschrift. Hrsg. von Franz Ivan, Helmut W. Lang und Heinz Pürer. Wien 1983, 253–267, hier 254.

nannte ihm den mit ihr befreundeten Nicolet. Durch solche Zufälligkeiten konnte man also damals Verleger werden.⁷⁹

3.) Franz Haider, Funktionär der KPÖ, war vor 1933 Sozialdemokrat und von 1934 bis 1939 für die Kommunistische Partei im Widerstand tätig; 1936 bis 1938 Aufenthalt in Moskau und Prag, 1939 bis 1941 wieder in Linz, 1941 zu 13 Jahren Zuchthaus verurteilt, von den Amerikanern 1945 in Garsten befreit. Von den Lizenzträgern hatte er wohl am schwersten unter dem NS-Regime gelitten. Ab Juni 1945 war er Landesobmann der KPÖ, stellvertretender Landeshauptmann in der von den Amerikanern ernannten Landesregierung Dr. Gleißner (26. Oktober bis 12. Dezember 1945). Er verblieb bis 1950 im Verlegergremium, obwohl er von einem amerikanischen Militärgericht wegen eines von ihm gezeichneten Artikels im Sommer 1946 zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden war.⁸⁰

4.) Franz Lettner war als Chefredakteur der „Oberösterreichischen Nachrichten“ vorgesehen. Auch Lettner wurde wieder auf seine Vergangenheit hin untersucht. Interessant war, daß er in der sogenannten „Grey List on Austrian Journalists and Broadcasters“ der PWB/British Units (Austria) als gut bekannter Linzer und Sozialdemokrat aufscheint. Während die Daten über seine Vergangenheit bis 1938 im Detail geschildert werden, war für die Zeit nach 1938 nur erwähnenswert, daß er 1942 im Telefonbuch als Redakteur aufgelistet wird. Bedenklich war die Aussage eines Linzer Informanten, wonach Lettner einen Hang zum Alkohol aufweise und viele Freunde unter Nationalsozialisten gehabt hätte.⁸¹

Vor die Wahl gestellt, Chefredakteur der „Oberösterreichischen Nachrichten“ zu sein oder in die Redaktion des „Tagblattes“ zurückzukehren, entschied er sich für die parteiunabhängige Zeitung. Seine Parteifreunde verübelten ihm dies und anerkannten erst nach seinem Tode, daß die Meinungsbildung durch eine Sozialisten in einer unabhängigen Zeitung, die einen bedeutenden Marktvorsprung gegenüber der Parteizeitung hatte, ein Plus für die SPÖ gewesen war. Als Chefredakteur hatte Lettner einige Schwierigkeiten mit den Amerikanern, als er sich von 1947 an dem forschenden Anti-Kommunismus, der zum Beispiel von den „Salzburger Nachrichten“ vertreten wurde, nicht mit dem nötigen Enthusiasmus anschloß.⁸²

⁷⁹ OÖLA, LG Linz, Vt Akten 1952, Zl. 101, Bd. IV, Nr. 756, Niederschrift Behrmann, Gründung der DDV, 21. Februar 1952.

⁸⁰ Slapnicka, Politische Führungsschicht ab 1945 (wie Anm. 30), 90–91; auch NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Rice an Herzig, Haider Franz, Applicant for co-editor of „Oberösterreichische Nachrichten“, 22. September 1945.

⁸¹ NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Rice an Herzig, Applicant for Chief editor of „Oberösterreichische Nachrichten“, 22. September 1945. Jemand, der auf der grauen Liste stand, wurde als ungeeignet für eine einflußreiche journalistische Position betrachtet, eine Regel, die von den Presseoffizieren in Linz im Falle Lettner ignoriert wurde.

⁸² Lettner blieb bis 1950 Chefredakteur und Herausgeber der „Oberösterreichischen Nachrichten“. Zur Biographie Slapnicka, Politische Führungsschicht ab 1945, wie Anm. 30, 173–175. Inwieweit sich Lettner bemühte, die Interessen der SPÖ in seiner Eigenschaft als Verleger und Leitartikler zur Geltung zu bringen, kann nur durch eine inhaltliche Analyse der „Oberösterreichischen Nachrichten“ festgestellt werden. Das interessanteste Beispiel einer Abweichung Lettners vom forschenden Antikommunismus stellt ein von ihm verfaßter Leitartikel anlässlich der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei im Februar 1948 dar. Da der Leitartikel „Schlechtes Gewissen“ auch ein gutes Beispiel für Lettners kräftige Diktion ist, sei er ausführlich zitiert. Zuerst identifizierte er jene, die Angst vor den „Russen“ haben: *Man sehe sich die in Zügen, Wirtshausstuben und Teekränzchen jetzt in Angstpsychose Machenden näher an: das Ergebnis ist grotesk: die äußerste „Linke“ und äußerste „Rechte“ brüderlich vereint... lebendige Beispiele von Dummheit und Charakterlosigkeit... Was ist*

5.) Dr. Alfred Maleta war ohne Zweifel ein politisches Schwergewicht unter den Partnern. Er war bereits als junger Mann in führenden Stellungen in der Arbeiterkammer, dem Landeskartell des Gewerkschaftsbundes und der „Sozialen Arbeitsgemeinschaft“ in Oberösterreich tätig. Als Funktionär des „Ständestaates“ 1934–1938 zeichnete er sich durch eine verständnisvolle und versöhnliche Haltung gegenüber den Sozialdemokraten aus. 1938 wurde er sofort verhaftet, war bis 1941 KZ-Häftling in Dachau und Flossenbürg, dann in der deutschen Wehrmacht. 1945 war er zunächst stellvertretender Leiter des Landesarbeitsamtes Oberösterreich, Mitbegründer der ÖVP in Oberösterreich und Landesobmann des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes. 1945 von seinen „Parteifreunden“ in Linz als Nationalrat nach Wien „hinauskomplimentiert“, machte er auf dem Wiener Parkett eine große Karriere als liberaler ÖVP-Politiker. Da er von den Sozialisten in Linz hoch eingeschätzt wurde, gab es keine Einwände ihrerseits gegen Maletas Mitverlegerschaft bei den „Oberösterreichischen Nachrichten“. Eher hatte er Schwierigkeiten mit seinen konservativen Parteifreunden vor Ort, wie dem Präsidenten der oberösterreichischen Kammer der gewerblichen Wirtschaft Franz Schütz und dem harten Vertreter des oberösterreichischen Bauernbundes Felix Kern. Als Maleta 1945 nach Linz zurückkehrte und sich an Kern wandte, der wie er ein „Dachauer“ war, wurde er mit einem erstaunten *Ja, was willst denn du hier?* empfangen. *In diesem Augenblick wollte ich nichts mehr von ihm und habe mir meinen Weg und meine Karriere, wie schon einmal zuvor [im „Ständestaat“], ganz allein gerichtet.*⁸³

Zum Aufbau seiner Karriere kam ihm ein Platz im Verlegergremium einer parteiunabhängigen Zeitung gerade recht, obwohl er später auch als Herausgeber einer Parteizeitung aktiv wurde, nämlich der „Freiheit“, einem Blatt des ÖAAB.⁸⁴ Jedenfalls bewies Maleta, im Gegensatz zu den meisten ÖVP-Politikern, einen größeren Weitblick in bezug auf die Durchschlagskraft einer parteiunabhängigen Presse. Maleta rechtfertigte seine Mitverlegerschaft bei den „Oberösterreichischen Nachrichten“ mit einem politischen Argument. Er hätte etwas tun müssen, um die in seinen Augen überwältigende Linkslastigkeit des Verlegergremiums, dem er zutraute, Zeitung und Druckerei der Sozialistischen Partei auszuliefern und die Familie Streit zu enteignen, zu neutralisieren. Wie er es selbst formulierte:

*eigentlich geschehen? In der Tschechoslowakei haben die Kommunisten die Zügel stärker angezogen, die sie bereits seit zwei Jahren praktisch in der Hand hatten; die Tschechoslowakei hat sich enger an den Ostblock angeschlossen, dem sie nach ihrer Absage an die Marshall-Idee seit gut einem halben Jahr bereits klar angehört. Lettners Leitartikel enthält eine sehr positive Beurteilung Stalins, dem er im Gegensatz zu Hitler realpolitischen Sinn bescheinigt. Sollte er (Stalin) um eines Phantoms des Ehrgeizes willen ... alles aufs Spiel setzen? Das anzunehmen wäre eine beleidigende Verkenning der Größe dieses Mannes, der einen wesentlichen Anteil an der Befreiung der Welt vom Faschismus hatte. (OÖN vom 6. März 1948.) Lettners „weiche“ Haltung gegenüber dem Kommunismus und besonders sein Lob für Stalin wurde von amerikanischen Beobachtern mit einem auf den Chefredakteur von der sowjetischen Besatzungsmacht ausgeübten Druck erklärt: *If this editorial had been signed by Mr. Lettner's business partner Communist leader Franz Haider, or by his sub-editor, Communist sub-leader Richard Entinger, it would not be surprising. But from Mr. Lettner's pen, this is striking proof (sic) of Soviet Communist pressure.* (NA, RG 260 ISB, Bestand Rathkolb, Pettegrove an Eberle, Russian Influence on Newspapers in U.S. Zone, 17. März 1948.)*

⁸³ Alfred Maleta, *Bewältigte Vergangenheit* (wie Anm. 6), 45, 95, 162, 199. Auch Slapnicka, *Politische Führungsschicht 1918–1938* (wie Anm. 6), 173–175.

⁸⁴ Im Juli 1946 erhielt Maleta das Permit von ISB. NA, RG 260/28/436 ISB Operations, Van Eerden an Maleta, 12. Juli 1946.

Behrmann, der in Linz völlig fremd war, suchte sich aus begreiflichen Gründen einflußreiche Persönlichkeiten aus allen politischen Lagern, die er einlud, mit ihm eine Ges.m.b.H. zur Herausgabe der „Oberösterreichischen Nachrichten“ zu gründen. Ich war mit dem Eintritt sofort einverstanden, weil mir ja auf Grund der von Behrmann genannten Namen der Mitgesellschafter die ungeheure Gefahr für die bürgerliche Sache sofort bewußt war, denn es war damals eine eindeutig kommunistisch-sozialistische Mehrheit, der ich mit einem Sechstel an Einfluß gegenüberstand. Meine wichtigste Aufgabe lag darin, zu verhindern, daß der Plan einer Enteignung Streits, des Eigentümers von Haus und Druckerei, und die Überleitung in sozialistisches Parteieigentum verhindert wurde. Die zweite Aufgabe für mich bestand darin, zu verhindern, daß der Linkseinfluß der Verlagsgesellschaft eine Dauereinrichtung blieb, weil dies naturgemäß für die Haltung des Blattes entscheidend war. Mein Fernziel war daher die Aussöhnung mit Streit und seine Hereinnahme in die Gesellschaft an Stelle der übrigen Gesellschafter.⁸⁵

Bezüglich des Zieles der politischen Parteien, Kontrolle über die Druckerei Wimmer zu erlangen, hatte Maleta eine weitaus realistischere Einsicht als die österreichfremden ISB-Beamten und Behrmann. Nach Maletas Auffassung stellte sich der Sachverhalt wie folgt dar:

Die sozialistische Druckerei wurde 1934 aufgelöst und die ihr gehörenden Maschinen zum Teil dem Katholischen Pressverein übergeben, wo sie heute noch stehen. Die sozialistische Gutenberg-Druckerei [sic] hat auf Grund der zwangsweisen Auflösung und der beim Katholischen Pressverein stehenden Maschinen einen Wiedergutmachungsanspruch und kann ihre Maschinen vom Pressverein zurückfordern. Dies widerspricht den Interessen des Pressvereins (ÖVP). Selbstverständlich hat die ÖVP jedes Interesse daran, die Rückgabe von Maschinen aus dem Pressverein an die SPÖ zu verhindern, da sonst ihr eigener Betrieb gefährdet ist ... Es ist daher naheliegend und in der Praxis auch durch den Abgeordneten Blum im Parteivorstand der Sozialistischen Partei klar ausgedrückt worden, daß der Wiedergutmachungsanspruch der Sozialistischen Partei im Einvernehmen mit der ÖVP auf Kosten der Fa. Wimmer geschehen soll.⁸⁶

Maleta und Behrmann befürchteten offensichtlich, daß nach Abzug der Amerikaner jederzeit die Möglichkeit eines solchen Interessengeschäftes zwischen den Großparteien bestünde.

Bezüglich des Linkseinflusses mußte sich Maleta mit seinen Plänen einer „Re-Orientierung“ des Verlegergremiums an das „reorientation“-Programm der Amerikaner im ISB anpassen, denen eine Linkslastigkeit noch keine Sorgen machte. Noch waren sie davon überzeugt, daß die Sammlung und Integrierung NS-feindlicher Elemente die vordringlichste Funktion eines Verlegergremiums sei. Noch hegten sie die Hoffnung, daß die Verleger, auch wenn sie einer politischen Partei angehörten, dennoch nicht bereit wären, ihrer Partei ein Mitspracherecht an der Zeitung einzuräumen. Da in Kürze die Gewährung der Versammlungs- und Pressefreiheit zur Herausgabe von Parteizeitungen führen würde, glaubten sie, im Prinzip der breiten Überparteilichkeit das probate Mittel gegen eine Überwucherung des Gemeinwohles durch Parteiinteressen gefunden zu haben. Auch glaubten sie, daß sie mit Lettner einen tüchtigen Chefredakteur gefunden hatten, dem sie mit Behrmann einen ehrgeizigen und im Geschäft versierten Verlagsleiter zur Seite stellten. Auch konnte ISB Linz mit den Maßstäben der Entnazifizierung, die sie bei den Herausgebern und verantwortlichen Journalisten angewandt hatten, zu-

⁸⁵ OÖLA, LG Linz, Vr Akten 1952, Zl. 101, Bd. IV, Nr. 756, Niederschrift, aufgenommen mit Dr. Alfred Maleta am 5. Februar 1952 bei der Bundespolizeidirektion Linz.

⁸⁶ NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Partners' Arguments for Necessity of DDG, 27. Februar 1947. Daß die egoistische Verfolgung parteipolitischer Interessen keineswegs ausgeschlossen werden konnte, zeigt ein Beispiel aus Salzburg, wo sich das ungenierte Vorgehen der Parteien im Falle des Verlagshauses Kiesel zu einem Monstrum politicum entwickelte, „in der sich die ungehemmte Besitzgier der Parteien austobte“ (Ernst Hanisch, Dimensionen der politischen Kultur in Salzburg. In: Das politische, soziale und wirtschaftliche System im Bundesland Salzburg. Festschrift zum Jubiläum 40 Jahre Salzburger Landtag in der Zweiten Republik. Hrsg. von Herbert Dachs. Salzburg 1985, 15–52, hier 34–35).

frieden sein, besonders im Vergleich mit der von der regionalen Militärregierung praktizierten Großzügigkeit. Sogar in der leidigen Frage der „faschistischen“ Vergangenheit bewies ISB Linz mit Maleta eine glückliche Hand, da dieser auf Grund seiner arbeiterfreundlichen Haltung während des „Ständestaates“ bei den Sozialisten und sogar bei den Kommunisten Persona grata war. Von den sechs Lizenzträgern hatten die Presseoffiziere ein glaubwürdiges Bekenntnis zu einer demokratischen Neugestaltung von Staat und Gesellschaft erhalten. Damit war die Grundvoraussetzung für ihre Bestellung gegeben.

Am 25. September 1945 fand in Wien die entscheidende Sitzung des Publications Board statt, die fast ausschließlich der Übergabe der „Oberösterreichischen Nachrichten“ an das Verlegergremium gewidmet war. Bedenken wurden nur über die Absicht der Lizenzträger geäußert, 25 Prozent der Gewinne zur Aufrechterhaltung eines gepachteten Maschinenparks zu verwenden. Die weitere Aufteilung der Gewinne (25 Prozent für soziale Zwecke und 50 Prozent zur Veröffentlichung wertvollen Materials, welches ansonsten nicht gedruckt werden würde) war keiner Diskussion würdig. Das Ansuchen um die Lizenz wurde einstimmig angenommen.⁸⁷ Interessant ist, daß die Sozialisierung von 75 Prozent der Gewinne dem Board weder positiven Enthusiasmus noch negative Bedenken entlockte. Es schien, als ob der Board den Österreichern die Entscheidung über Gewinnstreben oder Gewinnsozialisierung überlassen wollte.⁸⁸ Natürlich mag auch der Zeitdruck, unter dem ISB in jenen Tagen stand, einer eingehenden Diskussion im Wege gestanden sein.

Nach einer Aussage Behrmanns soll Barach ihn vor einem allzu idealistischen Verlagsmodell gewarnt haben: *Das Exposé wurde von mir Herrn Barach ausgehändigt, der mich aber persönlich vor einer solchen Konstruktion warnte... und mir anheimstellte, gleich noch eine zweite Lizenz für mich persönlich zu beantragen. Er meinte auch, wenn Lettner und ich die Zeitung alleine herausgeben würden, wäre es besser. Lettner war aber von meinen Vorschlägen begeistert, und wir beide gingen von unserer Meinung nicht ab.*⁸⁹ Barachs allgemeine Zustimmung zu den Vorschlägen der Behrmann-Gruppe war also gedämpft durch eine skeptische Haltung gegenüber der Idee einer Gewinnsozialisierung und der Effektivität eines sechsköpfigen Verlegergremiums. In dieser Haltung unterschied er sich kaum von den anderen ISB-Offizieren in Österreich und der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland.⁹⁰ Es ist daher zu bezweifeln, daß die idealistische Verlagskonstruktion eine von den Amerikanern der Behrmann-Gruppe aufgezwungene war. Die Amerikaner waren hauptsächlich an einer funktionsfähigen parteiunabhängigen Presse interessiert, ein System, das sie durch Ernennung von Kollegen politisch gemäßigter, aber unterschiedlich orientierter Lizenzträger zu erreichen hofften.

⁸⁷ NA, RG 260/2/19 ISB Operations, Minutes, Publications Board Meeting No. 1, 25. September 1945.

⁸⁸ Zu einer gegenteiligen Meinung, die in einer Analyse der „Salzburger Nachrichten“ die Initiative der amerikanischen Besatzungsmacht in der Sozialisierung der Gewinne betont, kommt Fritz Hausjell, Die gescheiterte Alternative. Das Modell der Sozialisierung der Betriebsgewinne einer Zeitung am Beispiel der „Salzburger Nachrichten“ (1945–1960). In: Die vierte Macht. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945. Hrsg. von Hans-Heinz Fabris und Fritz Hausjell. Wien 1991, 81–106.

⁸⁹ OÖLA, LG Linz, Vr Akten 1952, Zl. 101, Bd. IV, Nr. 756, Niederschrift, Hans Behrmann über Gründung der DDV, 21. Februar 1952.

⁹⁰ Zur amerikanischen Ablehnung des Stiftungsprinzips, worauf die Konstruktion der „Oberösterreichischen Nachrichten“ letzten Endes hinzielte, als die beste Gesellschaftsform für den Zeitungsbetrieb Hurwitz, Stunde Null (wie Anm. 21), 193–195; auch Theodor Eschenburg, Jahre der Besatzung 1945–1949. Stuttgart 1983, 151.



Abb. 3: Verkündung der Wiederherstellung der Pressefreiheit in Oberösterreich und Erteilung der Lizenzen für die Herausgabe von Zeitungen durch US-General McChrystal am 6. Oktober 1945 im Landestheater (Foto: OÖN).

Eher kann man annehmen, daß die idealistische Konstruktion eine dem Überschwang der ersten Stunde adäquate Antwort der Befreiten war.

In der Frage der Lizenzerteilung an die Behrmann-Gruppe waren also am 25. September die Würfel in Wien gefallen. Am 6. Oktober 1945 erfolgte in Linz die feierliche Übergabe der Permits an die Lizenzträger der „Oberösterreichischen Nachrichten“, der drei politischen Parteizeitungen und von fünf Wochenzeitungen durch General McChrystal. Gleichzeitig erfolgte die Verkündung der Pressefreiheit, die allerdings von einer Reihe von Bedingungen umrahmt war.⁹¹ Der Zeitungsverlag „Oberösterreichische Nachrichten“ verkündete den Lesern seine Mission in hoffnungsfrohen Tönen:

Nach eingehender Prüfung aller Umstände hat diese Gesellschaft von den amerikanischen Behörden den Auftrag erhalten, ihre Zeitung als unabhängiges Tagblatt österreichischer Demokraten weiterzuführen. Die Gesellschaft selbst stellt einen neuen Typus von Zeitungsherausgebern dar. Ihr Zweck ist weder Geldverdienst, noch läßt sie Einflußnahme eines Interessenkreises zu; denn ihre Zeitung wird einzig und allein der Bevölkerung und dem Wiederaufbau dienen. Gewinne werden zur Verbesserung der Zeitung selbst und für das öffentliche Wohl verwendet. Die Grundtendenz des Blattes aber ist seit dem Erscheinen der ersten Folge im Juni gegeben: sie steht über den Parteien, will nicht öffentliche Meinung machen, sondern

⁹¹ OÖN vom 6. Oktober 1945.

Tatsachen festhalten und will an der Erziehung des österreichischen Volkes in der Weise mitwirken, daß politische und weltanschauliche Gegensätze in sachlicher, objektiver und sauberer Art mit Argumenten des Geistes im Sinne gegenseitiger Duldung und Achtung ausgetragen werden.⁹²



Abb. 4.

Die Pressefreiheit, die vom Alliierten Rat bereits am 1. Oktober 1945 verkündet worden war, hatte neben verständlichen und durchaus positiven Beschränkungen auch einige Züge, die mehr mit Bevormundung als mit Freiheit zu tun hatten. Kein demokratisch Gesinnter konnte Anstoß am Verbot zur Verbreitung nationalsozialistischen, alldeutschen oder militaristischen Gedankengutes nehmen. Ausdrücklich verboten war aber auch Kritik, die eine „böartige“ Absicht verriet, die auf eine Spaltung der Alliierten abzielte oder die gegen die militärische Sicherheit verstieß. Zu beurteilen, was, „böartig“ war, blieb den Beamten der Militärregierung vorbehalten. Besonders ärgerlich war die Forderung, die demokratische Presse *shall abstain from publication of material liable to disturb the established public order*, ein äußerst dehnbarer Begriff, der, so hörte man, auch den österreichischen Behörden nicht unwillkommen war.⁹³ Von den amerikani-

⁹² Ebenda.

⁹³ NA, RG 260/25/163 ISB Newsoperations, Decision of the Allied Council Concerning the Democratic Press in Austria, Vienna, 1. Oktober 1945. Ein österreichischer Autor spricht sogar von einer „aufoktroierten Pressefreiheit“. Rudolf Tschögl, Tagespresse, Parteien und alliierte Besatzung. Phil. Diss. Wien 1979, 104. Oder, wie Van Eerden ausführte: *turning the paper over to the Austrians does not mean complete freedom. They must still follow MG regulations on such things as pumping for Nazism in any way, anti-Semitism, stories intended to cast reflection on the United Nations etc. All papers will be read here in my office, and in the event of violations of the rules, the temporary licenses under which all papers will publish will be revoked or suspended. Needless to say, we intend to act quickly and drastically when necessary* (NA, RG 260/1/2 ISB Radio, Van Eerden an Clark, 10. Oktober 1945). Allgemein zur Zensur der Besatzungsmacht auch Elfriede Sieder, Die alliierten Zensurmaßnahmen zwischen 1945 und 1955 unter besonderer Berücksichtigung der Medienzensur. Phil. Diss. Wien 1983. Daß auch die oberösterreichischen Behörden gegen einen Rückfall in ein kontrolliertes Pressemilieu nicht gefeit waren, bezeugt die Strafsache Lettner-Riess. Am 21. September 1948 veröffentlichten die „Oberösterreichischen Nachrichten“ einen Artikel des bekannten amerikanischen Journalisten Curt Riess mit dem Titel „Die Russen in Wien“, in der der Autor angesichts der sowjetischen Blockade Berlins seine Ansichten über eine mögliche Blockade Wiens darlegte und sich dabei auf Äußerungen amerikanischer Offiziere in Wien berief. Das Landesgericht Linz erhob über Antrag der Staatsanwaltschaft Linz gegen Franz Lettner und Curt Riess die Voruntersuchungen wegen Verbreitung eines falschen Gerüchtes, das geeignet war, die Öffentlichkeit zu beunruhigen, wodurch der Tatbestand nach

schen Weisungen an die Zeitungsherausgeber seien die folgenden angeführt: alle Bestimmungen der Verordnung No. 10 der Militärregierung und die Verfügung No. 1 über die Nachrichtenkontrolle waren einzuhalten. Als Quelle für Weltnachrichten war nur der Nachrichtendienst des ISB erlaubt. Auflageziffer, Erscheinungstage und Verteilungszone wurden durch ISB bestimmt. Die Lizenz selbst stellte kein Eigentumsrecht dar, war nicht übertragbar und konnte jederzeit nach Gutdünken der Militärregierung ohne Benachrichtigung oder Anhörung widerrufen werden.

Mit der Lizenz hatte die Behrmann-Gruppe ein Instrument in der Hand, ihre Verlegerstätigkeit auch nach österreichischem Recht abzusichern. Bereits am 22. September 1945 hatte sich die Gruppe auf den Entwurf eines Gesellschaftsvertrages zur Etablierung einer „Demokratischen Druck- und Verlagsgesellschaft Oberösterreich m. b. H.“ (hinfort DDV) geeinigt. Dieser Entwurf diente auch dem Publications Board in seiner Entscheidungsfindung. Am 26. September wurden jedoch am Entwurf einige Änderungen vorgenommen. Im wesentlichen wurde dadurch die Arbeitsweise des Überwachungsausschusses (Kuratorium) gestrafft und die Verteilung der Gewinne abgeändert.⁹⁴ Es folgen auszugsweise die allgemeinen Grundsätze des Gesellschaftsvertrages, um die starken Möglichkeiten einer Überwachung der Zeitungsgesellschaft durch ein Kuratorium zu demonstrieren.

1. Verpflichtungen der Gesellschafter

Die Gesellschafter verpflichten sich unwiderruflich, bei allen von ihnen herausgegebenen Druckschriften verantwortlich darauf zu achten, daß weder in Wort noch in der Tendenz faschistische, undemokratische oder anti-österreichische Grundsätze in irgendeiner Form vertreten werden können ... Die Gesellschaft stellt ihre Druckmaschinen in den Grenzen des Möglichen den anerkannten politischen Zeitungen zur Verfügung.

2. Generalversammlung

Sie findet wenigstens einmal monatlich statt. In jedem Falle, in dem Einhelligkeit in der Gesellschaftsversammlung nicht erzielt wird, kann jeder Gesellschafter die Entscheidung des Kuratoriums anrufen, welches sodann endgültig und unanfechtbar mit einer qualifizierten Mehrheit von Dreiviertel der Stimmen entscheidet.

3. Das Kuratorium

Es wird aus allen Schichten der Bevölkerung Oberösterreichs erstellt, und zwar entsenden die nachstehend angeführten Körperschaften bzw. Organisationen jeweils zwei Vertreter: die Landesregierung, die Stadtverwaltung, die Religionsgemeinschaften, die Schulbehörden, der Betriebsrat der DDV, das Landesarbeitsamt, die Industrie- und Handelskammer, die Arbeiterkammer, die Bauernkammer, der Gewerkschaftsbund, die Ärztekammer, die Notariatskammer, die Rechtsanwaltskammer, die Spitzenorganisationen der Frauenverbände, der Jugendverbände und der Sportverbände.

4. Die Arbeitsweise des Kuratoriums

Das Kuratorium wählt einen Arbeitsausschuß von 18 Personen, ferner einen Vorsitzenden. Der Vorsitzende bildet mit drei Personen eine Prüfungskommission, die einmal jährlich die Bilanz der Gesellschaft zu prüfen und darauf zu achten hat, daß der Gewinn den Gesellschaftsstatuten gemäß verwendet wird. Das Kuratorium fordert vom Geschäftsführer einen Rechenschaftsbericht über die Arbeit der Gesellschaft. Das Kuratorium macht schließlich Vorschläge auf Grund der Anregungen, Kritiken und Wünsche der Bevöl-

308, 310, Abs. 2 und 30 des Pressegesetzes gegeben erschien. Als die Behörden entdeckten, daß Riess amerikanischer Staatsbürger war, stellten sie das Verfahren gegen ihn ein, führten aber die Untersuchung gegen Lettner bis 20. November 1948 weiter. Die Amerikaner hielten sich aus der ganzen Affäre heraus (OÖN vom 21. September 1948; Beschluß des Landesgerichtes Linz, Abt. 8b, 28. September 1948; Kaghan an Gen. Keyes, Mr. Curt Riess, 23. November 1948. In: NA, RG 260/7/75 ISB Press).

⁹⁴ NA, RG 260/26/369 ISB Operations. Die Änderung in der Gewinnverteilung wurde ISB Wien offensichtlich nicht bekanntgegeben. NA, RG 260/2/19 ISB Operations, Memorandum, Operations Coordinator to Deputy Chief ISB, Disposal of profits of daily newspapers licensed by ISB, 1. April 1946.